

Wochenlohn 53 Pf., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar, Volksbezug 4,32 M. einschließlich Postgebühr, Auslandsbearbeitung 6,- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Wolff und Feil“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Witz in die Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des Pfennigs, Kellamerteile 5.- Reichsmark, „Klein-Anzeigen“ des ergebene Wort 25 Pfennig (gültig zwei (ergebene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenpreise das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksr. G. Diskonto-Gesellschaft, Depositarkasse Lindenstr. 3

Verhandlungswille in Paris.

Kein Wort mehr gegen die Räumungsverhandlungen.

Paris, 12. September. (Eigenbericht.)

Die Rede Briands, die einen gefährlichen Wendepunkt in der Annäherungspolitik darzustellen schien, hat die gesamte französische Öffentlichkeit vor die überaus wichtige Alternative gestellt, ob die Politik der Verständigung fortgesetzt oder aufgegeben werden soll. Ohne Zögern hat man sich für die Fortsetzung der Locarno-Politik entschieden. So erklärt ein Mittwoch selbst der „Temps“, daß man sich bemühen müsse, die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens wiederherzustellen, zu Anal niemand wüßte, eine an sich schon sehr delicate Situation noch weiter zu erschweren. Abgesehen davon wird am Mittwoch in fast allen Blättern festgestellt, wie überrascht Briand über den Eindruck seiner Rede in Deutschland gewesen ist. Überall bemüht man sich deshalb, Frankreichs gute Absichten zu betonen, und wenn man früher erklärt hat, Briands Rede sei notwendig gewesen, weil sich Frankreich in Genf nicht in die Rolle des Angeklagten verfallen lassen könnte, so scheinen jetzt die eifrigen Klage- und Beschönigungsartikel der Pariser nichts anderes zu beweisen, als daß es Briand war, der sein Land in den Auftragszustand versetzte, der es in den Geruch brachte, plötzlich nach drei Jahren mühsamer Verhandlungen, von der Locarno-Politik abspringen zu wollen. Dieser stimmungsmäßige Untergrund erklärt es auch, daß am Mittwoch mit Ausnahme der unentwegten Deutschenreiser

kein einziges Blatt auch nur das leiseste Wort der Kritik gegen die nun fast ausschließlich offiziell eröffneten Verhandlungen um die Räumung des Rheinlands zu schreiben wagt.

Die Diskussion um die Gegenleistungen bewegt sich ausschließlich auf finanziellem Gebiet. Dabei wird anerkannt, daß es dem Gesicht der „ungeglückten“ Kanzlers — wie sich der „Intransigent“ ausdrückt — gelungen ist, die Verhandlungen über die Räumung und über die Reparationsfrage nicht miteinander verquicken, sondern nur „parallel“ führen zu lassen. Wenn also auch nach alter Gewohnheit die Pariser Presse an den Ausdrücken „Gegenleistungen“ und „Kompensationen“ festhält, so ist doch nach ihrem eigenen Zugeständnis eine reinliche Scheidung zwischen Räumung und Reparation erreicht. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Rede Briands: Briand hat in die Diskussion eine Schärfe und Rücksichtslosigkeit hineingetragen, die, vom Reichskanzler Müller zur Verteidigung der deutschen These angewandt, augenscheinlich einen größeren Eindruck in der Mittwoch-Konferenz gemacht hat, als es die bisher übliche diplomatische Vorsicht vermocht hätte.

Eine Ratifikation mit Hindernissen.

Genf, 12. September.

Die 52. Tagung des Völkerbundsrats wurde am Mittwochabend eröffnet. Den Vorsitz führt wiederum der finnische Außenminister Procope. Am Rotenisch nahmen auch die Vertreter der drei neu gewählten Ratsmitglieder Platz: Spanien, Peru und Venezuela. Zunächst wurde ein Antrag des inter-

nationalen Verbandes der katholischen Frauenligen um Zulassung von Vertretern in den Völkerbundsaußenbüros für Kindererziehung und für Frauen- und Kinderhandel behandelt. Infolge des von Lord Cushendun ausgesprochenen englischen Widerstandes wurde die Entscheidung zunächst vertagt.

Der weitere Verlauf der Sitzung gestaltete sich nicht ohne Schwierigkeiten. Als der Bericht über die armenischen und russischen Flüchtlinge entgegengenommen werden sollte, fehlte der zu dieser Frage geladene Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas, der erst nach längerem Suchen erschien. Der Bericht wurde ohne Aussprache erledigt. Weiter sollte sodann der Bericht über die bulgarische Flüchtlingsfürsorge und der Bericht über die bulgarische Stabilisierungsanleihe vom Rat gehört werden. Auch der hierzu geladene bulgarische Finanzminister Rosoff war nicht auszufinden, obwohl er von Sekretären eine Viertelstunde lang gesucht wurde. Im Saal machte sich teils Unruhe, teils Heiterkeit bemerkbar. Die beiden Fragen wurden schließlich auf die nächste Sitzung verschoben.

Zur Beratung stand sodann der Bericht über die litauisch-polnische Frage. Unter allgemeiner Heiterkeit mußte der Präsident feststellen, daß auch der hierzu eingeladene litauische Vertreter nicht im Saal anwesend war. Wiederum wurden Sekretäre nach allen Richtungen ausgesandt. Wiederum war ihr Suchen vergeblich. Der Präsident beschloß schließlich, diese Frage in Abwesenheit des litauischen Vertreters zu verhandeln. Es wurde jedoch lediglich eine formale Frage erledigt, indem zum Berichterstatter an Stelle des ausgeschiedenen litauischen Außenministers der spanische Botschafter Quintones de Leon einstimmig gewählt wurde. Er wurde vom Präsidenten aufgefordert, auf der nächsten Ratstagung einen Bericht über die polnisch-litauischen Verhandlungen vorzulegen. Die Sitzung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Rückkehr des Kanzlers am Freitag.

Genf, 12. September.

Mittwochvormittag fand eine längere Unterredung zwischen Briand und Lord Cushendun statt. Briand wird am Donnerstag um 13 Uhr nach Paris zurückfahren. Ob und wann er nach Genf zurückkehrt, steht noch nicht fest. Reichskanzler Müller wird Ende dieser Woche, voraussichtlich am Freitag oder Sonnabend, nach Berlin zurückkehren.

Zaleski bei Müller.

Genf, 12. September.

In einer Unterredung, die heute vormittag zwischen Reichskanzler Müller und dem polnischen Außenminister Zaleski stattfand, wurden die zwischen Deutschland und Polen zu regelnden Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, erörtert. Es kam auf beiden Seiten der Wille und die Hoffnung zum Ausdruck, daß alle noch schwebenden Fragen möglichst bald eine befriedigende Lösung finden mögen.

Mächtedrohung gegen China.

Aber nur mit einer Erklärung.

Tokio, 12. September.

Angesichts der beharrlichen Weigerung der nationalen Regierung, die Salzsteuerverwaltung wieder in ihre Rechte einzusetzen, sind die beteiligten ausländischen Mächte am 10. September zusammengetreten und haben offiziell angekündigt, daß von den diplomatischen Vertretern Japans, Frankreichs und Englands demnächst eine öffentliche Erklärung abgegeben werden würde, wenn nicht sofort Maßnahmen zur Wiederherstellung der Salzsteuerverwaltung getroffen würden.

China-Sowjetunion.

15 Botschaftsbeamte in Peking entlassen.

Peking, 12. September.

Die 15 Mitglieder der Sowjetbotschaft, die nach einer Hausdurchsuchung im Botschaftsgebäude festgenommen und seitdem in Haft gehalten wurden, sind gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

Kanada gegen Sowjetunion.

Arbeiterpartei lehnt Wiederaufnahme der Beziehungen ab.

Toronto, 12. September.

Der Kongress der kanadischen Arbeiterpartei hat mit großer Mehrheit einen Antrag abgelehnt, worin die Wiederaufnahme

der Handelsbeziehungen mit Rußland und die Bewilligung von Krediten an dieses Land gefordert wurde.

Der König gegen den Heiligen.

Amanullah tötet ihn ein.

Kabul, 12. September.

Zu einer großen Sensation in Afghanistan hat sich die Verhaftung des muslimanischen Heiligen Hazrat Sahib gestaltet. Der Verhaftete ist mit seinen Anhängern auf Befehl des Königs Amanullah festgenommen worden, weil er sich mit den neuen Reformbestrebungen des Staates nicht einverstanden erklärte. Unter Truppenbegleitung wurde die Gesellschaft nach Kabul transportiert.

Halbmilliarde Wahlwetten.

14:5 für Hoover in Wallstreet.

New York, 12. September.

In der Wallstreet werden gegenwärtig umfangreiche Wetten über den mutmaßlichen Ausgang der Präsidentschaftswahl angemeldet. Die weitaus größte Zahl der Wetten wird zugunsten Hoovers abgeschlossen, zu weilen mit 21:2, meist aber mit 14:5. Man schätzt, daß bis Ende der Kampagne in der Wallstreet der Betrag der Wetten 157 Millionen Dollar betragen wird. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß die New-Yorker Börse in ihren Voraussetzungen seit 1888 sich nur ein einziges Mal getäuscht hat, nämlich im Jahre 1916, als sie voraussetzte, daß Präsident Wilson nicht wiedergewählt werden würde.

Die Räumung.

Deutschlands sittliches Recht — Frankreichs europäische Pflicht

In Genf haben Besprechungen über die Zurückziehung der fremden Truppen aus dem Rheinland begonnen. Nachdem der deutsche Reichskanzler den Chefs der französischen, englischen und belgischen Delegation erst einzeln den deutschen Anspruch auf Räumung vorgetragen hatte, hat man sich am Dienstag gemeinsam zusammengesetzt, um die Ansichten auszutauschen. Die Verhandlungen sind in der ersten Besprechung noch zu keinem Abschluß gekommen, sie werden am heutigen Donnerstag fortgesetzt.

Der Friedensvertrag von Versailles sah und sieht — Artikel 431 — vor, daß die Besetzung vor Ablauf der fünf-, zehn- und fünfzehnjährigen Fristen sofort zurückgezogen werden soll, wenn Deutschland die Vertragsbestimmungen erfüllt. Abgesehen von der Zurückziehung der deutschen Truppen aus den baltischen Provinzen und Litauen, stellte 1919 die Rheinlandbesetzung die einzige „Bürgschaft“ für die Durchführung des Friedensvertrages dar. Die alliierten Regierungen begründeten sie im Ultimatum vom 16. Juni 1919 mit den Worten Wilsons vom 27. September 1918: „Der Grund, warum es Bürgschaften für die Durchführung des Friedens geben muß, ist der, daß es Vertragsparteien des Friedens gibt, deren Versprechungen sich als ungläubwürdig erwiesen.“ Im Hinblick auf den Bruch der belgischen Neutralität durch das militärische Deutschland und die Verletzung von Völkerrechtsgrundsätzen durch die kaiserliche Regierung wurde auch nach dem Waffenstillstand die Besetzung aufrechterhalten. Das Rheinland sollte eine halbe Generation lang besetzt gehalten werden, weil die Alliierten dem neuen Deutschland noch nicht trauen. Demgegenüber hatte die deutsche Delegation, geführt von dem eben verstorbenen Grafen Brockdorff-Rantzau, am 20. Mai 1919 vorgeschlagen, die „auf Grund der Waffenstillstandsverträge besetzten Gebiete sechs Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages zu räumen“. Demals erklärte sie:

„Nur unvollkommen hat sich die übrige Welt bisher von der großen Wandlung Rechenschaft zu geben vermocht, die im deutschen Staatsleben vor sich gegangen ist. Durch den Willen seines Volkes ist Deutschland zur Demokratie und zur Republik geworden; die Rückkehr zu Verfassungszuständen, unter denen der Wille des deutschen Volkes mißachtet werden könnte, ist ausgeschlossen. Das neue Deutschland bedarf der vertrauensvollen Unterstützung durch seine Nachbarn; es ist überzeugt, dieses Vertrauen zu verdienen.“

Schon vor neun Jahren hat die deutsche Republik den Alliierten das sittliche Recht auf militärische Gewaltmaßnahmen zur Sicherung des Friedensvertrages bestritten. Sie konnte damals — noch vor der Verfallung von Weimar — erst wenig Beweise dafür vorlegen, daß die Umwandlung der mit Mißtrauen betrachteten Monarchie in eine vertragstreue Demokratie dauernd sein würde. Diesen Beweis haben die vergangenen Jahre erbracht.

Die demokratische Republik hat sich in harten Kämpfen gegen Bolschewismus und Faschismus behauptet. Sie hat beide niedergekämpft und damit zum zweitenmal die Demokratie vor dem Rückfall in barbarische Staatsformen bewahrt. Sie hat mit dem Anarchismus in Deutschland gründlicher aufgeräumt als die französischen Republikaner nach dem Zusammenbruch Napoleons es in dem gleichen Zeitraum tun konnten. Die Demokratie ist in Preußen, d. h. in zwei Dritteln des Reiches, stets am Steuer geblieben, im Reich hat sie sich die politische Macht wiedererobert; das alles ist geschehen, obwohl die Militaristen, die Nationalisten und die Reaktionen aller Länder ihr mögliches getan haben, um den Aufstieg des republikanischen Deutschland zu verhindern. In neun harten Jahren hat die Republik bewiesen, daß sie stabil und damit ein zuverlässiger Vertragspartner ist.

Die deutsche Republik hat auch ihre Vertragstreue bewiesen. Die Abrüstung ist im Rahmen des Vertrages durchgeführt worden; es ist zwei Jahre her, daß die Alliierten dies anerkannt haben. Die Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone wurden so genau beachtet, daß sie seit langem zu keinen Beanstandungen geführt haben. Allgemein ist die Pünktlichkeit anerkannt, mit der seit vier Jahren die Reparationszahlungen geleistet werden. So selbstverständlich ist Deutschlands Vertragstreue geworden, daß man fast vergessen hat, daß die Reparationsvereinbarungen selbst finanzielle und wirtschaftliche Sicherungen über den Friedensvertrag hinaus gebracht haben. Die gesicherte Republik, der Dawes-Plan und die Reparationserfüllung durch Deutschland stellen Bürgschaften für die Durchführung des Vertrages dar, die die Bürgschaft der Rheinlandbesetzung an Wert weit übertreffen.

Aber Deutschland erfüllt nicht nur den Vertrag von Versailles, es hat sich darüber hinaus in den Dienst des Friedens gestellt. Reichskanzler Hermann Müller hat schon vor seiner Reise nach Genf die frei übernommenen Verpflichtungen Deutschlands für den Frieden ausgezählt: die obligatorischen Schiedsverträge mit allen Nachbarstaaten, die Anerkennung der allgemeinen obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit — Deutschland ist der einzige Großstaat, der die

Krach bei den Deutschnationalen.

Die Konservativen drohen.

Die Gruppen in der Deutschnationalen Volkspartei schieben sich zum Entscheidungskampf zurecht. Hugenberg und die Wüdeutschen haben ihre Forderungen gestellt, jetzt melden sich die Deutschnationalen. Der erweiterte Vorstand des Hauptvereins der Deutschnationalen hat für die im Oktober stattfindende Deutschnationale Parteivertriederung folgende Kundgebung erlassen:

1. Der Abgeordnete Lambach ist seiner Parteiämter zu entkleiden;

2. in das Parteiprogramm ist aufzunehmen, daß die Partei die Wiederherstellung der Monarchie als Schicksalsfrage ansieht und künftighin diesen Kernpunkt mit besonderem Nachdruck vertreten wird. Damit wird sie auch die Jugend am besten gewinnen;

3. ferner ist im Programm zum Ausdruck zu bringen, daß unter dem heutigen parlamentarischen System das deutsche Volk politisch, sittlich und wirtschaftlich zugrundegehen muß, und daß daher die Beseitigung dieses Systems höchste vaterländische Pflicht ist."

Für den Fall, daß diesen Forderungen nicht entsprochen werde, droht der Hauptverein, der Deutschnationalen Volkspartei seine Unterstützung zu entziehen. Diese Forderungen bewegen sich auf der gleichen Linie wie die Anschauungen Hugenberg und der Wüdeutschen und die Hochgefänge des Stahlhelms gegen die Republik.

Verkauf deutschnationaler Mandate.

Hannover, 12. September. (Eigener Bericht.)

Der deutschnationale Kreisverein Hannover befahte sich kürzlich in einer stürmischen Versammlung mit dem Fall Lambach. Die Referenten traten für die sofortige Rohregelung Lambachs ein. Das führte zu heftigen Protesten der

zahlreich erschienenen Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Eine Zuschrift, die jetzt dem sozialdemokratischen „Volkswillen“ von einem Teilnehmer jener Versammlung zuging, gibt über deren Verlauf unter Anführung kennzeichnender Einzelheiten eine drastische Schilderung. An der Zuschrift heißt es:

„Die Debatteredner zählten die Fußritte auf, die die Angestellten und Arbeitnehmer der Partei von Hugenberg und seinen Trabanten empfangen hatten. Es wurde den maßgebenden Herrschaften, wüdeutschen Offizieren und Geheimräten ihre elende Heuchelei mit den angeblichen Verlässen von Lambach gegen das Parteiprogramm vorgehalten, indem man auf die Einbringung und Unterzeichnung des Republikauflösgesetzes durch deutschnationale Minister verwies. Einen Haupttrumpf spielte ein Redner dadurch aus, daß er den Verkauf von deutschnationalen Mandaten an Industriekapitäne nachwies. Vor einigen Jahren sei in Hannover ein Spitzenkandidat zum Provinzialparlament, das verdienstvolle Parteimitglied, ein Handlungsgehilfe August Meier, aufgestellt gewesen, der aber zum Rücktritt gezwungen wurde, als ein anderer Bewerber, nämlich der jetzige Präsident der Handelskammer in Hannover, Generaldirektor Richard Flag von der „Horoethal“ gefunden wurde. Letzterer sei damals noch Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen und habe seinen Uebertritt zur Deutschnationalen Volkspartei erst vollzogen, als die Bewerbung perfekt war. Der hiesige deutschnationale Landesverband hat durch diese Handlungsweise die Angestellten und Arbeitnehmer brüskiert. Auf diese heftige Anklage folgte verlegenes Schweigen und Herr Wienbeck, Handwerkskammerfonditus und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter ging über diese peinliche Sache schnell hinweg, indem er behauptete, von der Angelegenheit nichts zu wissen und eine Untersuchung versprach.“

Der deutsche Juristentag.

Die Eröffnungssitzung. — Eine Rede des Reichsjustizministers.

Salzburg, 12. September.

Der Deutsche Juristentag wurde am Mittwoch mit einer großen Festigung eröffnet. Der bisherige Vorsitzende Prof. Kahl wurde wiedergewählt.

Nach der Begrüßungsansprache des Salzburger Fürstbischofs Dr. Nieder und des österreichischen Justizministers Dr. Srama ergriff Reichsjustizminister

Dr. Koch-Besler

das Wort.

Die erste Aufgabe, wenn wir dem deutschen Rechtsleben Vollständigkeit erhalten oder erwerben wollen, ist seine Vereinfachung und übersichtliche Gestaltung. Sagen wir es mit einem beliebigen Wort: seine Rationalisierung. Wir können es vielleicht auch mit einem unbeliebteren sagen: sein Abbau. Solcher Abbau scheint mir in erster Linie erforderlich im Gesetzesstoff. Wir haben zu viele alte und veraltete Gesetze, nicht nur Reichsgesetze, sondern auch Landesgesetze und Verordnungen. Wir bedürfen aber nicht nur einer Sichtung, sondern auch einer Sammlung des bestehenden Rechts. Die Bestrebungen dieser Art sollen baldmöglichst von der Reichsverwaltung wieder aufgenommen werden. Eine Rationalisierung aber auch in der Organisation der Rechtspflege. Ich beschränke mich auf die Erklärung, daß ich für eine klare und auch dem Rechtssuchenden verständlichere Organisation und Scheidung des Instanzenzuges eintrete. Nur eines lassen Sie mich heute schon sagen. Ich glaube, wir haben alle zusammenarbeiten an der Prüfung, inwieweit das Edeswesen abgebaut werden kann, ohne daß die richterliche Wahrheitsermittlung dadurch Schaden erleidet.

Das Wichtigste an der Rechtspflege aber ist die Persönlichkeit des Richters.

Wir scheinen für die Zukunft erforderlich, daß der Staat den Qualitätsgedanken pflegt und mehr die Quantität entwickelt. Sie verhandeln in den nächsten Tagen über die Ausbildung des richterlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der Strafrechtspflege. Aber lassen Sie mich hinzufügen, daß hier, wie überall in praktischen Bereichen noch wichtiger als die Vorbildung des werdenden die Fortbildung des Gewordenen ist, die seinen Blick oft in einer Stunde mehr bereichert als die Vorbildung in Wochen. Hier kann von Reichs und Staats wegen viel geschehen. Ich verkenne nicht, daß diese Frage in erster Linie eine materielle Frage, eine Gehaltsfrage ist. Ich glaube, daß durch solche positiven Maßnahmen dasjenige, was man die Krise des Rechts nennt, eher überwunden werden kann als durch negative Maßnahmen.

Daß der Rechtsgedanke nicht stumpf werde, scheint mir Gegenstand unserer Sorge sein zu müssen. Es besteht unverkennbar die Gefahr, daß wirtschaftliches, sozialpolitisches und technisches Denken rechtliches Denken zurückdrängt und unterdrückt. Die brutale Beendigung des Weltkrieges, der Bruch der dem besiegten deutschen Volke gegebenen Versprechen haben auch im Zusammenleben der Völker dem Rechtsgedanken Einbuße zugefügt. Aber je größer die Gefahr, um so größer auch die Aufgaben derjenigen, die auch in der neuen Zeit den Rechtsgedanken pflegen wollen. Sagen wir offen, die neue Zeit ist vielen unter Ihnen schmerzlich gekommen, weil sie durch eine Revolution gekommen ist. Jedenfalls hat die deutsche wie die österreichische Republik die Revolution abgeschlossen durch die Rechtschöpfung der republikanischen Verfassung.

Sie war eine evolutionäre Tat, die erst vollendet sein wird, wenn die Epoche evolutionärer Gesetzgebung, in der wir uns befinden, weiter vorangetragen sein wird. Der wahre Gegenrevolutionär im besten Sinne des Wortes ist der Evolutionär, der den Katastrophen vorbeugt. Dieser evolutionären Rechtsentwicklung feindselig gegenüberzustehen, ist für einen Träger des Rechts unmöglich.

Als einer, der im Streit um den deutschen Einheitsstaat im Vordergrund steht, vermeide ich es, auf dieses Hauptthema Ihrer Tagung näher einzugehen. Ich freue mich, daß es hier sachlich behandelt wird.

Ich kann nicht alle anderen Themata erwähnen, die Sie beschäftigen. Aber ein Thema ist ein so typisches Beispiel für die Notwendigkeit evolutionärer Rechtsgestaltung, daß ich seine Behandlung mit besonderem Danke begrüße, das Thema der Kar-

stelle und Truste. Nachdem die Wirtschaft aus Gründen der Rationalisierung den Standpunkt der Wirtschaftsfreiheit hat verlassen müssen, würde der Staat seine Pflicht vernachlässigen, wenn er es von sich wies, aus dem Gesichtspunkt der Staatshoheit solche Entwicklung zu beeinflussen.

Wenn wir die Kartelle und Truste nicht kontrollieren, so kann es dahin kommen, daß die Kartelle und Truste uns kontrollieren.

Wir leben in einer Zeit des Uebergangs von einer Desorganisation des Völkerebens zu einer gesicherten und geordneten Völkereinfassung. Aber eine Organisation des internationalen Rechtslebens wird nur geschaffen werden können, wenn sie sich nicht auf eine Festigung des Bestehenden beschränkt. Wir können es nicht anerkennen, daß durch das Bestehende die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Völker schon geschaffen ist. Will man im Völkerleben die Gewalt vermeiden, so muß das internationale Recht Organisationen und Instanzen schaffen, die dem kommenden und natürlichen Recht gerecht werden und fähig und befähigt sind, Einrichtungen, Bindungen und Beiträge, die veraltet oder unbillig sind, genau wie im Privatrecht, zu beseitigen.

Wer auf diesem Boden steht, kann auch nicht ermüden, die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker immer wieder zu erheben. Ich denke hier auf diesem uns allen teuren Boden in erster Linie an

das Selbstbestimmungsrecht unserer österreichischen Brüder.

Wir gehören in der Frage des Zusammenchlusses an die Front. Niemand kann den Willen Deutschlands und Österreichs verhindern, gemeinsames Recht zu schaffen, wenn die Gemeinsamkeit der Volksanschauungen und des Schicksals es ermöglicht oder erfordert. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Tag kommen wird, wo der Rechtsgebante liegt und Österreich seinen Anstoß, oder lassen Sie mich lieber sagen, seine Heimkehr ins Reich vollzieht.

Und indem ich Sie somit, meine hochverehrten Herren, im Namen der Reichsregierung begrüße, gehe ich nicht nur der Ueberzeugung Ausdruck: Recht muß Recht bleiben, sondern auch der höheren Zuversicht: Recht muß Recht werden!

Nach weiteren Begrüßungsansprachen nahm der Vorsitzende Kahl das Wort. Er widmete den verstorbenen Mitgliedern einen Nachruf und kam dann auch auf die Anschlussfrage zu sprechen, in der der Juristentag nicht schweigen dürfe. Denn er sei das rechtliche Gewissen des deutschen Volkes.

Reichskontrolle über Thüringen.

Übernahme der thüringischen Rechnungskammer durch das Reich.

Weimar, 12. September.

In der letzten Zeit haben in Weimar wichtige Besprechungen mit Vertretern des Reiches zwecks Uebernahme der thüringischen Rechnungskammer durch das Reich stattgefunden. Sie haben, wie die Telegraphen-Union erfährt, bereits ein positives Ergebnis gezeigt. Genehmigt das Landtagsplenum die entsprechende Vorlage, so würde die Rechnungskammer am 1. April 1929 vom Reich übernommen werden. Das Staatsministerium wird sich mit der Angelegenheit in diesen Tagen befassen.

Die Befragungsschieber.

Zwölf Personen in Haft.

Landau, 12. September.

In der Angelegenheit der Schieberungen mit Besatzungsgut — es handelt sich dabei um Spirituosen — wurde weiter die Braut des bereits verhafteten französischen Unteroffiziers, die keinen bestimmten Wohnort hat, festgenommen. Der verhaftete Angestellte der Bandauer Genossenschaft ist ein Metzger Marius Koller. Insgesamt sollen sich nunmehr 12 Personen in Haft befinden. Der in der gleichen Angelegenheit verhaftete Kaufmann Joachim aus Weilmünster wurde heute gegen Sicherheitsleistung aus der Haft entlassen.

Schiedspflicht ratifiziert hat — der Rheinpakt von Locarno, der den formellen Verzicht auf Eisab-Löhringen und auf das Recht auf den Krieg gegen Westen enthält, und schließlich der Kellogg-Pakt, der gleichzeitig von Deutschland und Polen unterzeichnet, nach Osten hin eine Art von Locarno darstellt. Frankreich und Europa haben Bürgschaft über Bürgschaft für Deutschlands Friedenswillen erhalten.

Die Sieger von Versailles hatten der deutschen Republik den Sitz im Völkerbunde verweigert, weil sie ihnen noch nicht vertragsfähig schien. Vor zwei Jahren haben sie ihr ihren Platz im Völkerbunde und im Völkerbundsrate eingeräumt und durch die Räumung der ersten Zone anerkannt, daß Deutschland erfüllt. Ein solches Gewicht hat jetzt der deutsche Anspruch auf Räumung, daß die Vertragsgegner sich dem deutschen Verlangen nach Verhandlungen über die frühere Räumung im Sinne des Vertrages nicht entziehen konnten.

Nach alledem darf die deutsche Delegation auch Verständnis für ihre Auffassung verlangen, daß ihr für die Erfüllung ihrer Forderung nicht neue „Kompensationen“ zugemutet werden können. Niemand in Deutschland ist geneigt, die Aufzählung der Besatzungsfrist um einige Jahre mit besonderen moralischen und finanziellen Opfern zu bezahlen. Die Aufnahme von Reparationsverhandlungen würde jedoch nach unserer Meinung nach nicht bedeuten, daß die Gegenseite auf einer solchen Bezahlung besteht und noch weniger, daß Deutschland sie zu leisten bereit ist. Das Ergebnis kann vielmehr solcher Art sein, daß sowohl Deutschland wie auch Frankreich ihre Interessen dabei gewahrt finden.

Die Räumung liegt nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Frankreichs. Die Regelung der noch schwebenden Reparationsfragen liegt nicht nur im Interesse Frankreichs, sondern auch im Interesse Deutschlands. Verhandlungen über sie würden schon deshalb nicht unter dem Druck der Räumungsfrage stehen, weil diese Frage für Deutschland nach dem Zeitablauf sehr schnell an Bedeutung verliert. Es ist daher für die Gegenseite ein Gebot der Klugheit, einen solchen Druck garnicht erst zu versuchen.

Betrachtet man die Dinge so, dann vermag man nicht einzusehen, warum die Verhandlungen des heutigen Tages den Abschluß finden sollten, den die extremen Nationalisten auf beiden Seiten wünschen. Daß sie schon zu einer festen Vereinbarung führen könnten, wird kein vernünftiger Mensch annehmen. Daß sie den Weg zu weiteren Besprechungen offen halten, die dann in absehbarer Zeit zu einem positiven Ergebnis führen können, muß man im Interesse Deutschlands, Frankreichs und ganz Europas hoffen und fordern.

Genf und die Deutschnationalen.

Eine Delegation im Auswärtigen Amt.

Eine Abordnung der deutschnationalen Partei sprach gestern im Auswärtigen Amt vor, wo sie von Ministerialdirektor Rüpkle empfangen wurde. Die Deutschnationalen legten ihre Auffassungen über die Vorgänge in Genf dar, wie sie ja schon aus ihren öffentlichen Kundgebungen bekannt sind. Zu eigentlichen Verhandlungen konnte es naturgemäß nicht kommen, da die verantwortlichen Personen bekanntlich zurzeit nicht in Berlin sind. Nach ihrer Rückkehr dürfte der Auswärtige Ausschuh des Reichstags einberufen werden, wie es ja bei Gelegenheiten ähnlicher Art auch früher stets geschehen ist.

Behrproblem und Partei.

Der Beschluß des Parteiaussschusses.

Im gestrigen Morgenblatt haben wir die Beschlüsse des Parteiaussschusses wiedergegeben, die er zur Panzerkreuzerfrage gefaßt hatte. Bei dem Abdruck ist in dem zweiten Beschluß ein Druckfehler unterlaufen; deshalb sei hier der richtige Wortlaut noch einmal wiedergegeben:

„Der Parteiaussschuh stellt die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbaues durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verabschiedung des Reichsetats für das Jahr 1929 die grundsätzliche Stellungnahme zum Behrproblem durch den rechtzeitig hierzu einberufenen Parteitag. Der Parteivorstand wird erlucht, diese Klärung durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Deutschnationale Arbeitervertreter.

Geißer Bruderstreit.

Die beiden Führer der gelben Bondarbeiterbewegung, Johannes Wolf und Paul Giese, sind sich in die Haare geraten. Die Folgen des Zerwürfnisses sind, daß sie sich getrennt haben und jetzt einen fruchtlosen Pressekampf gegeneinander führen.

Bei dem Pressekampf hat sich manches Interessante herausgestellt. Besondere Beachtung verdienen die Feststellungen, die Paul Giese in dem Brandenburgischen Volksblatt Nr. 15 über die Reichstagsfähigkeit des Johannes Wolf trifft. Paul Giese schreibt:

„In einem seiner Rundschreiben gibt Herr Wolf auch ein Gutachten über meine parlamentarische Tätigkeit ab. Dessenigen, die diese meine Tätigkeit und Herrn Wolf kennen, sehen in seinem Nachwort eine böswillige Herabsetzung und Verleumdung; die anderen erklären, daß es mit Logik und gesunder Vernunft nichts mehr zu tun hätte. Herr Wolf, dessen eigene parlamentarische Tätigkeit sich — wie er selbst gern betont — in der Hauptsache auf Abhebung der Diäten beschränkt, vergißt, daß im Reichstag Menschen sitzen, die es — wie ich selbst — sehr bedauert haben, daß er, als Führer einer großen Organisation, bei jeder Ausschuharbeit versage und bei den Sitzungen des Ausschusses, in den er als Arbeiterführer gewählt worden war, häufig unentschieden fehlte, so daß ich für ihn einspringen mußte, um der Organisation eine weitere Blamage zu ersparen. Wenn Herr Wolf sich trotzdem für den geeigneten parlamentarischen Vertreter der Organisation hält, so könnte das hinsichtlich seiner Führerfähigkeit zu denken geben.“

Das große Maul nach außen, aber sich drücken, wenn es ernsthaft um Arbeiterinteressen geht — das haben die Geißer mit den Kommunisten gemein.

Der ständige internationale Gerichtshof in Haag hat an Stelle seines verstorbenen Vizepräsidenten Andre Weis-Francois ein Schweizer Mitglied Prof. Huber zum Vizepräsidenten gewählt.

Neuer Kommunistschwindel.

Verteumderlicher Angriff gegen Reichsarbeitsminister Wiffell

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich mit der im Reichsarbeitsblatt vom 5. d. M. veröffentlichten Verordnung über die Höchstdauer der Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 27. August 1928. Sie greift aus dem Wortlaut dieser Verordnung den Satz heraus:

„In jedem Falle kann aber die für die Entscheidung zuständige Stelle die Krisenunterstützung auf einen kürzeren als den höchstzulässigen Zeitraum beschränken, wenn begründete Ausichten bestehen, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb des kürzeren Zeitraumes durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge.“

Dazu erklärt sie, daß durch diese Bestimmung die Arbeitsämter aufgefordert würden, „allen Erwerbslosen die Unterstützung zu entziehen, wenn sie der Meinung sind, daß die Betroffenen durch eigene Bemühungen Arbeit finden könnten“. „Die gesetzliche Arbeitsvermittlung“, schreibt die „Rote Fahne“ weiter, „erklärt sich damit als unfähig, den Arbeitslosen irgend welche Beschäftigung nachzuweisen. An Stelle der zentralen Arbeitsvermittlung sollen die Arbeitslosen gezwungen werden, von Tür zu Tür zu laufen, und an den Türen bettelnd um Arbeit zu stehen und sich gegenseitig zu immer niedrigeren Hungerlöhnen anzubieten.“

Wohlweislich hat die „Rote Fahne“ den ersten Satz der neuen Verordnung unterstrichen, durch den die Einführung einer Höchstbezugsdauer für die Krisenunterstützung vorbehalten bleibt. Gerade dieser Satz aber ist das Wesentlichste und überhaupt das einzig Neue in dieser Verordnung. Auf ihm beruht die Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung von 26 auf 30 Wochen. Kein Wunder, daß dem kommunistischen Blatt dieser Satz unbehagen ist. Der von der „Roten Fahne“ zu einer mühenreichen Reise gegen Wiffell ausgenutzte Satz der Verordnung ist durchaus nicht neu. Diese Bestimmung befindet sich bereits für die Erwerbslosenfürsorge in einer Verordnung vom 15. Januar 1920; er ist auch in der alten Erwerbslosenfürsorgeverordnung vom 18. Februar 1924 enthalten. In der Krisenunterstützung ist er seit Einführung durch das Gesetz vom 19. November 1926 enthalten. Die Bestimmung ist aus Artikel 3 der Verordnung über die Krisenunterstützung für Erwerbslose vom 28. September 1927 ohne die geringste Veränderung und lediglich, um den Gesamtüberblick über die Gesetzgebung zu wahren, aus gesetzestheoretischen Gründen in die neue Verordnung vom 27. August 1928 übernommen worden.

Die Bestimmung ist demnach seit über acht Jahren in Kraft und hat während der ganzen Zeit noch nicht zu Beanstandungen Anlaß gegeben. Aus diesem Tatbestande ergibt sich, daß die „Rote Fahne“ auch in diesem Falle, da es ihr an stichhaltigen Motiven zur Kritik fehlt, sich in gewöhnlicher verächtlicher Weise der Lüge und Entstellung bedient hat.

Von der Parolenschmiede.

Es geht zu schnell — sie kommen nicht nach.

Ein echter Kommunist hat keine Meinung und die, die er zur Schau trägt, ändert er von Stunde zu Stunde nach den Befehlen seiner Obrigkeit. Keiner er sie nicht schnell genug, so ergeben sich absichtliche Verzerrungen. Diese Erfahrung hat in diesen Tagen der kommunistische Organ in Düsseldorf, die „Freiheit“, machen müssen. Auf Grund einer sozialdemokratischen Anregung hatte der hiesige Finanzausschuß beschlossen, Mittel für ein Heine-Denkmal festzusetzen. Der kommunistische Vertreter des Finanzausschusses, gleichzeitig Sozialredakteur der „Freiheit“, verfuhr gegenüber der sozialdemokratischen Anregung nach dem Rezept: Wir können alles viel besser und radikaler als die Sozialdemokraten. Er trumpfte auf, beantragte, den ausgelegten Betrag zu verdoppeln, was auch beschlossen wurde, und rühmte sich im lokalen Teil seiner Zeitung, daß es nun ernst werde mit einem Heine-Denkmal in Düsseldorf dank der Kommunisten.

Der brave Mann war aber nicht ganz auf der Höhe, sonst hätte er gewußt, daß seit dem Weltkrieg in Moskau die Parole lautet: Alles, was von den Sozialdemokraten kommt, muß belpudt werden. Sein Kollege von der politischen Redaktion war auf dem laufenden, er führte den neuesten Befehl Bukharins fröhlich aus, so daß man in demselben Blatt, in dem sein Kollege sich seiner Taten für das Heine-Denkmal rühmte, im politischen Teil lesen konnte:

„Ein Denkmal für Heine in Düsseldorf, der würde sich schon bedanken. Ist es aber schon Zeichenledderei, wenn die deutsche Bourgeoisie, die Heine zu keinen Lebzeltens dahlte und verlorste, heute versucht, denselben zu einem der ihrigen zu stampeln, so wird die beachtlichste Ehre durch das Düsseldorf Bürgerthum an Geschmackslosigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.“

Da hat man es nun! Bei der Geschwindigkeit des Parolenwechsels müssen die braven Kommunisten sich untereinander am Ende noch gar der „bourgeois Leichenledderei“ beschuldigen. Die Parole von gestern und die Parole von heute, da stehen sie treulich beieinander. Was hü, mal hatt, wenn die braven Leute nicht mehr acht geben, geht es bunt durcheinander. Ob Heine-Denkmal, ob Arbeiterfragen, ob Panzerkreuzer ist alles egal. Hauptsache: Befehl gegen die Sozialdemokratie muß befolgt werden!

Saarland wird nicht abgegeben!

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Genf, 12. September. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch vormittag empfing Reichskanzler Müller in Gegenwart des Saarreferenten des Auswärtigen Amtes zum zweiten Male die hier weilende Abordnung der Saarbevölkerung. Es fand eine eingehende Aussprache über politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen statt. Die Saardelegation zeigte besonders Sorge über französische Pressemeldungen, wonach der äußerste Zipfel des Saargebietes, die Gegend um Warnitz, eventuell an Frankreich abgetreten würde. Müller stellte demgegenüber fest, daß die jetzige deutsche Reichsregierung nicht einen Fingerbreit saarländischen Gebiets in fremde Hände kommen lassen werde. Der Kanzler erklärte es ferner für selbstverständlich, daß Deutschland im Interesse des Wohlbefindens des Saargebietes für eine Anleihe an das Saargebiet eintreten würde, wenn die Regierungskommission mit einem entsprechenden Wunsch an die deutsche Regierung herantrete. Die Saardelegation klagte weiter über die Mißachtung der Abmachungen von Heidelberg über die zu befolgende Sozialpolitik in den Saargruben durch die französische Grubenverwaltung. Müller versprach jede Unterstützung der berechtigten Forderungen der Bergarbeiter. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Deutschland in dieser Frage sich beschwerdeführend an den Völkerbundsrat wenden wird.

Entrüstung bei der SPD.



„Neuer Verrat: Jetzt verlangt die SPD., daß wir unsere Propaganda gegen sie selber bezahlen.“

Chorus: „Solche Gemeinheit — pfui!“

Die erste Abrüstungsetappe erreicht

Die neueste Taktik der Saboteure.

V. Sch. Genf, 12. September. (Eigenbericht.)

Die politische Generaldebatte, die am Dienstag abgeschlossen wurde, gestattet schon jetzt, sich ein Urteil über die voraussichtlichen Ergebnisse dieser Völkerbundsversammlung zu machen. In politischer Hinsicht dürften sie recht mager sein. Der Vorstoß hollands zugunsten der Minderheiten ist einstweilen so gut wie abgewürgt, ohne daß Italien selbst in Aktion zu treten brauchte. Nach Joleff und Briand hat der Vertreter der Tschechoslowakei, Dujko, die holländische Anregung einer neu zu gründenden Ständigen Minderheitenkommission mit juristischen Argumenten torpediert. So hat das geschriebene Recht wieder einmal dazu gedient, einen Fortschritt zu verhindern. Indessen, das Problem der Minderheiten ist aufgeworfen und es wird aus den Diskussionen nicht mehr verschwinden. Vielleicht wird diese Aussicht schon dazu beitragen, die Staaten, die sich aus begrifflichen Gründen des schlechten Gewissens gegen eine ständige Minderheitenkommission sträubten, in der

Behandlung dieser Minderheiten vorsichtiger und humaner zu sein.

Nicht rofiger sind die Ansichten in den anderen großen Fragen, die im Vordergrund der politischen Generaldebatte stehen, nämlich das Abrüstungsproblem. Das zeigte sich in der heutigen Debatte der 3. (Abrüstungs-) Kommission. Der Vorstoß Hermann Müllers im Plenum gelegentlich der Festsetzung eines Termins für die allgemeine Abrüstungskonferenz wurde dort vom Grafen Bernstorff fortgesetzt. Bernstorff stellte fest, daß er unter drei verschiedenen Reichsregierungen sein Land bei den Verhandlungsoverhandlungen vertrete, daß aber der deutsche Standpunkt der gleiche geblieben sei. Er verlangte, daß man die Abrüstungskommission, die bekanntlich im vergangenen Frühjahr ergebnislos auseinandergegangen ist, baldmöglichst zusammenrufen lasse, um die allgemeine Konferenz einberufen zu können.

Erfreulicherweise unterstützte Paul Boncour als Vertreter Frankreichs den deutschen Antrag sehr entschieden und wollte, daß man den Vorsitzenden der vorläufigen Abrüstungskommission, den Holländer Laudon, ermächtigt, die Kommission baldmöglichst zusammenzurufen. Indessen wurde der zunächst abwesende Engländer Lord Cushendun von seinen Mitarbeitern eiligst herbeigeholt, um diesen sich anbahnenden Schritt nachwärts rückgängig zu machen. Cushendun erschien auch bald und

warnte vor einer „vorzeitigen“ Neueinberufung der vorläufigen Abrüstungskommission.

Er sprach von den durch Neuwahl in verschiedenen Ländern bereits veränderten Verhältnissen und ließ dabei durchblicken, daß auch bevorstehende Wahlen neue Verhältnisse schaffen könnten. Man verstand allgemein diese unklaren Wendungen dahin, daß man zunächst das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahl abwarten sollte, da Amerika vorher keine festen Entschlüsse in der Abrüstungsfrage würde fassen können.

Zwischendurch gab es noch eine andere Polemik, die ebenfalls die verzögernde Taktik gewisser Mächte hervorhob. Der ungarische Vertreter Apponyi hatte aus dem Bericht, den Benesch als Vorsitzender des Schiedsgerichts- und Sicherheitskomitees am Dienstag erstattet hatte, den Eindruck gewonnen, als ob beabsichtigt wäre, vor der Einberufung der Abrüstungskommission die vielumstrittene Frage der sogenannten Sicherheitsverträge eiligst zu erklären. Gegen einen solchen Plan, der offensichtlich in den Absichten Frankreichs und der Kleinen Entente liegt, legte Apponyi entschieden Verwahrung ein. Der Grieche Politis, der sich stets im Schlepptau der französischen Politik befindet, bestätigte ausdrücklich, daß er die Beschlüsse des Sicherheitskomitees so ausgelegt habe. Gegen diese Auslegung protestierte aber energisch Staatssekretär v. Simson, der Deutschland im Sicherheitskomitee vertreten hat und der betonte, daß ihm von einer solchen Absicht nichts bekannt sei.

Im weiteren Verlauf der Debatte verließ der Japaner Sato eine Erklärung, die an die Rede Briands und Cushenduns im Plenum anknüpfte. Ebenso wie die französische und englische Regierung behaupteten, daß sie bereits erhebliche Abrüstungseinschränkungen vorgenommen haben, lege die japanische Regierung Wert auf die Feststellung, daß auch sie solche Abrüstungsmaßnahmen bereits im weitgehenden Maße durchgeführt hat. Die Taktik der großen Marine- und Militärmächte ging aufeinander dahin, zu behaupten, daß sie bereits eine erste Etappe auf dem Wege der Abrüstung zurückgelegt

und daß sie daher für ihren Teil das Versprechen des Friedensvertrages vorläufig in genügendem Ausmaße erfüllt haben. Endlich erklärt der italienische Vertreter General de Marinis, er sei mit einer früheren Einberufung der vorläufigen Abrüstungskommission ebenso einverstanden wie mit einer Hinausschiebung einer Einberufung. Hauptsache bleibe für Italien der Grundsatz der Angleichung der Rüstungen; natürlich meint das Sprachrohr Mussolinis damit die Angleichung des Rüstungsstandes seines Landes nach oben.

Nach allem sieht es nicht gerade so aus, als ob aus den Arbeiten der 3. Kommission etwas Positives herauszukommen dürfte.

Völkerbund bleibt in Genf.

Genf, 12. September.

Im Laufe des Mittwochvormittags fand eine Besprechung zwischen Vertretern des schweizerischen Bundesrates, der Genfer Kantonregierung, des Genfer Stadtrates und des vom Völkerbund eingesetzten Ausschusses für den Bau des neuen Völkerbundpalais statt. In dieser Frage waren in der letzten Zeit außerordentlich große Schwierigkeiten aufgetaucht, da der bisherige Bauplatz für das Völkerbundpalais nicht ausreicht und der Erwerb der umliegenden Grundstücke auf große Schwierigkeiten stößt. Deshalb ist in Völkerbundskreisen der Gedanke aufgetaucht, das Völkerbundpalais nach Lausanne zu verlegen. Wie es heißt, soll in der heutigen Sitzung eine grundsätzliche Einigung dahin erzielt worden sein, den Plan auf der bisherigen Grundlage weiterzuführen und in der nächsten Zeit dem Völkerbund praktische Vorschläge vorzulegen. Der Gedanke einer Verlegung des Palais nach Lausanne dürfte damit als erledigt anzusehen sein.

Kohle, Zucker, Holz, Aluminium.

Genf, 12. September.

Die Arbeiten der Völkerbundsversammlung vollziehen sich in den nächsten Tagen ausschließlich in den sechs Versammlungsausschüssen, in die sich die Bundessammlung zur Bewältigung ihrer Tagesordnung jedes Jahr nach Abschluß der Generaldebatte über den Tätigkeitsbericht des Völkerbundsrates auflöst. Nachdem am Dienstagvormittag der dritte, vierte und fünfte Ausschuss ihre Arbeiten aufgenommen haben, traten heute vormittag der erste, zweite und sechste Versammlungsausschuß wieder zusammen.

Der erste Ausschuss (Rechtstragen) leitete die Erörterung über die für das nächste Jahr geplante internationale Juristenkonferenz zur fortgeschrittenen Kodifizierung des internationalen Rechts fort. Der zweite Ausschuss (technische Organisationen) begann mit der Beratung des Tätigkeitsberichts des Wirtschaftskomitees, wobei der französische Industrielle Vanden gewisser, hauptsächlich von italienischer Seite geäußerten Bedenken Rechnung trug, indem er erklärte, daß die wirtschaftlichen Aktionen des Völkerbundes nicht dadurch gefährdet werden dürften, daß die auf die Wirtschaftskonferenz zurückgehenden wirtschaftlichen Untersuchungen auf zu viel Materien ausgedehnt würden. Vanden leitete sich jedoch gleichzeitig mit großem Nachdruck für die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung der Zucker- und Kohlenprobleme im Interesse der Verbrauchs- wie der Erzeugerstaaten ein. Der Vorsitzende Vanden sprach sich nicht grundföhrlich dagegen aus.

Ob eine grundsätzliche Aussprache schon in dieser Tagung erfolgen wird, ist noch unbestimmt. Auch sind noch keine finanziellen Mittel für die Einleitung der nötigen wirtschaftlichen Vorarbeiten und Untersuchungen im Haushaltsplan eingestellt. Procopo-Timland beantragte eine ähnliche Untersuchung über den internationalen Holzmarkt. Serruys-Frankreich kam im weiteren Verlauf der Beratung über den Tätigkeitsbericht des Wirtschaftskomitees auf die im Juli d. J. zustandgekommene Konvention zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote zu sprechen und wies darauf hin, daß z. B. durch die Abschaffung des deutschen Einfuhrverbots für Aluminium die Frage aufzukaufen werde, ob Deutschland, das bisher keine Einfuhrzölle auf Aluminium habe, einen Aluminiumzoll einführen oder ob die übrigen Staaten ihre bestehenden Einfuhrzölle abschaffen werden.

Immer noch Fürstenaftandung. Dem Landtag von Thüringen geht demnächst eine Vorlage über die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenthümern von Wittenburg und Schwarzburg zu. Es sind ähnliche Verträge ausgearbeitet worden, wie der mit dem Herzog von Gotha bereits abgeschlossene.

Herbst-Neuheiten

Kleiderstoffe

Melangen aus dem weichsten Gewebe..... Meter	2 ²⁵
Natté Travers in lebhaften Farben..... Meter	3 ⁵⁰
Woll-Crêpe de Chine in modernen Herbstfarben..... Meter	3 ⁹⁰
Travers Composé strickartiges Gewebe..... Meter	4 ⁹⁰
Mantelstoffe ca. 140 cm breit, in englischem Geschmack..... Meter	6 ⁹⁰
Crêpe Caid reine Wolle, ca. 130 cm breit, neue Herbstfarben..... Meter	7 ⁵⁰
Ottomane ca. 140 cm breit, schwere Mantelware, mit angeräucherter Absorte..... Meter	7 ⁹⁰
Crêpe Jersey reine Wolle, ca. 100 cm breit, der moderne Wollstoff, neueste Herbstfarben, Meter	8 ⁷⁵
Georgette Weisse mit Seide, elegante Kleiderware, neue Farben, Meter	9 ⁸⁰
Velours mit kariertter Absorte, elegante, schwere Mantelware, ca. 140 cm breit..... Meter	11 ⁵⁰

Baumwollstoffe

Zephir für Sportkleider..... Meter	68 ^{pt.}
Kleiderbarchent solide Muster..... Meter	85 ^{pt.}
Kunstseide mit Baumwolle, einfarbig, grosse Farbenswahl..... Meter	1 ³⁵
Samtvelours gute Qualität, neue Muster..... Meter	1 ⁴⁵
Pyjamafianell moderne Muster, indianisch..... Meter	1 ⁵⁰
Damassé für Jackenlatten, Kunstseide mit Baumwolle..... Meter	1 ⁶⁵
Ratiné für Morgenröcke, neue Muster..... Meter	1 ⁹⁵
Ramagé Kunstseide mit Baumwolle, moderne Farben..... Meter	3 ⁹⁰

TIETZ-Stoffe
Ulsteinsprechende Schnitte

Seide und Samt

Waschsamt in vielen Farben..... Meter	1 ⁹⁰
Toile Rheingold, reine Seide, zarte Farböne, für Wäsche..... Meter	2 ⁸⁵
Lampenschirmseide schwere Qualität..... Meter	3 ⁴⁰
Satin riche Kunstseide mit Baumwolle, leuchtende Farben..... Meter	4 ⁵⁰
Crêpe de Chine reine Seide, schwere Qualität, in neuen Farben..... Meter	5 ⁹⁰
Lindenerköpersamt schwarz und farbig, ca. 70 cm breit..... Meter	6 ⁹⁰
Crêpe Georgette reine Seide, schwere Qualität..... Meter	7 ⁵⁰
Crêpe Satin Seide mit Kunstseide, grosses Farbsortiment..... Meter	7 ⁹⁰
Velours Jacquard für elegante Abendkleider..... Meter	12 ⁵⁰
Krefeld. Seidensamt moderne Farben, ca. 90 cm breit..... Meter	12 ⁵⁰

In unserem Museum Leipzig, Strasse u. Alexanderplatz
Kunstaussstellung
moderner Gemälde und Bronzen zeitgenössischer Künstler.
Veranstaltet von der Deutschen Kunstgemeinschaft.



In unseren Räumen
Linsiger Strasse, 11, Stock, und Alexanderplatz, 1. Stock
vom 8. bis 14. September einschl.
1878 Jubiläumsausstellung 1928
Der Blinde und seine Welt
Veranstaltet von der Städtischen Blindenanstalt,
Berlin, Grünstrasse 26.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst. d. 13. 9. Städt. Oper Unter d. Linden A.-V. 79 21 Uhr	Donnerst. d. 13. 9. Städtische Oper Bismarckstr. Tornus III 20 Uhr
Rioleite Städt. Schauspiels in Infanterie A.-V. 149 20 Uhr	Madame Butterfly Städt. Schauspiels in Infanterie A.-V. 149 20 Uhr
Freischütz Städt. Schauspiels in Infanterie A.-V. 149 20 Uhr	Gespenster Städt. Schauspiels in Infanterie A.-V. 149 20 Uhr

Volksbühne

Der lebende Leichnam Norden 12.310 1. U. Ende nach 10 ¹⁵ Zom 102. Male: Max Reinhardt
Die Komödie Norden 12.310 1. U. Ende nach 11 U. Etern und Kinder Komödie von Bernard Shaw
Kammerspiele Norden 12.310 1. U. Ende nach 10 ¹⁵ Oktoberfest Schauspiel von Georg Kaiser

Städt. Theater

Fräulein Mama Operette von Hugo Hirsch Lustspiel-Theater 8 Uhr
Der Zarowitsch Morgen 7 ¹⁵ Uhr Premiere Alb. Passermann Bergr. u. B. Berlin
Tranon-Th. Täglich 8 ¹⁵ Uhr Stürmische Brautnacht Schwank in 3 Akten mit Sybil Smolowa Preise 2, 3, 4 Mk. usw. Rundfunkhörer halbe Preise

Estimtes Theater

Max Adalbert in Müllers Hermine Sterle, Landa, Sikler
Rose-Theater Lustspiel-Theater 10 ¹⁵ Uhr Pech-Schulze Planarium am Zoo 10 ¹⁵ Uhr Der Sternhimmel im Herbst 18 Uhr Erde und Weltraum. 20 Uhr Der Einfluß d. Gestirne Volksglaube und Wissenschaft

Großes Schauspielhaus

8 Uhr **CASANOVA** 8 Uhr
mit Michael Bohnen. Regie: Charel
3 U. Sonntag-Nachmittagvorst. 3 U.
zu halben Preis. m. Michael Bohnen

Thalia-Theater

irresdener Str. 72-74
8 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung

Wappenstein

Wappenstein von 650 - an 30 Mark
Anzahlung, monatlich 20 Mark Abzah-
lung, bis am Sonntag (Herbstfest)
Vorauszahlung nicht erüffelt, verläuft
H. Brin, Berlin RD. 35, Fögowstr. 35,
bei Gerlach.

Wappenstein

Wappenstein von 650 - an 30 Mark
Anzahlung, monatlich 20 Mark Abzah-
lung, bis am Sonntag (Herbstfest)
Vorauszahlung nicht erüffelt, verläuft
H. Brin, Berlin RD. 35, Fögowstr. 35,
bei Gerlach.

Wappenstein

Wappenstein von 650 - an 30 Mark
Anzahlung, monatlich 20 Mark Abzah-
lung, bis am Sonntag (Herbstfest)
Vorauszahlung nicht erüffelt, verläuft
H. Brin, Berlin RD. 35, Fögowstr. 35,
bei Gerlach.

Wappenstein

Wappenstein von 650 - an 30 Mark
Anzahlung, monatlich 20 Mark Abzah-
lung, bis am Sonntag (Herbstfest)
Vorauszahlung nicht erüffelt, verläuft
H. Brin, Berlin RD. 35, Fögowstr. 35,
bei Gerlach.

Wappenstein

Wappenstein von 650 - an 30 Mark
Anzahlung, monatlich 20 Mark Abzah-
lung, bis am Sonntag (Herbstfest)
Vorauszahlung nicht erüffelt, verläuft
H. Brin, Berlin RD. 35, Fögowstr. 35,
bei Gerlach.

SCALA

8 Uhr El 5. Barbrosen 9255
Raquel Heller, die Duse d. Chansons;
Lionel & Horace, mus. Umkleekabell;
Raffayette mit seinen Radio-Song;
Marrone u. La Gatin sowie Corlin
u. Gella, amerikan. Tanzpaar und
weil. exotische, var. etc.-Attraktionen

Reichshafen-Theater

Abends 8. Sonnt. nachm. 3
Stehender Sänger
„Traumbilder“
Lebende Lieder v. Meyrel
Koch. halbe Preise, volles Progr.
D. D. D. Dressiert, Uffren!

Berliner Prater

Heute, Donnerstag
letzter gr. Volksstag
in der Saison
Auf allen Plätzen außer Logen 50 Pf.
12 gr. Varieté-Attraktionen 12
Vollständig neues Programm.
Konzert u. Kaffeeochen
Nächste Sonntag, d. 16. Sept., nachm.

Theater d. Kottbuser Vor

Kottbuser Str. 6. Tel. No. 1607
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm 1 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger
Die konkurrenzlose Revue:
„Bei uns..!“ Rosen-
erfolg!
Volkspreis: Mk. 0.50 b. 2.00, Logen 2.50

Für den Herrn
Steh-Umlegekragen
schwarz-weiß, moderne Muster, 1.95
Selbstbinder
schwarz-weiß, moderne Muster, 1.95
Oberhemden
weiß, m. Pique, Spitzenbrust, gute Qualität, 7.50
SEIT 1872
GRUMACH
KÖNIGSTRASSE SPANDAUERSTR.

Nomische Oper

8¹⁵ Uhr
Dennerwetter
1000 Frauen!!
Die große Revue der freien Liebe!
In 121 Aктёрами (121 Actoren)
Hundertste Mitwirkende:
Hauptdarsteller:
Hans Albers
Paul Wenzel
Vicky Wertmüller
Karis, I. Storm u. a.
Lustig u. abenteuerlich

Theater des Westens

Täglich 8¹⁵ Uhr
Das süße Geheimnis
Operette
Heldemann, Berna, Ritter
Kasseler-Oper
ca. K. Jägerstr. 21.
8¹⁵ Uhr
Leinen aus Irland
Schlesinger-Effen-
di: Curt Holz.

Reichshafen-Theater

Abends 8. Sonnt. nachm. 3
Stehender Sänger
„Traumbilder“
Lebende Lieder v. Meyrel
Koch. halbe Preise, volles Progr.
D. D. D. Dressiert, Uffren!

Berliner Prater

Heute, Donnerstag
letzter gr. Volksstag
in der Saison
Auf allen Plätzen außer Logen 50 Pf.
12 gr. Varieté-Attraktionen 12
Vollständig neues Programm.
Konzert u. Kaffeeochen
Nächste Sonntag, d. 16. Sept., nachm.

Lustspielhaus

Heute 8¹⁵ Uhr
„Trixie“
Kom. Kom. Kom.
Kom. Kom. Kom.
Kom. Kom. Kom.

Verkauf

Zepp's-Kassettent.
Kassettent. Größe 2x3 17.
Kassettent. Größe 2x3 21.
Kassettent. Größe 2x3 25.
Kassettent. Größe 2x3 29.
Kassettent. Größe 2x3 33.
Kassettent. Größe 2x3 37.
Kassettent. Größe 2x3 41.
Kassettent. Größe 2x3 45.
Kassettent. Größe 2x3 49.
Kassettent. Größe 2x3 53.

CASINO-THEATER

8¹⁵ Uhr
Das neue Eröffnungs-Schlager
Rundfunkfieber
Dazu ein prächtiger bunter Teil.
Für unsere Leser-Gutscheine für 1-4 Pers.
Favoriten für 1.15 Mk., Sessel 1.25 Mk.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 Mk.

Theater am

Nollendorfplatz
Täglich 8¹⁵ Uhr
Kleintheater
Schwarzwalddädel
Preise:
1, 2, 3, 4 Mk. usw.

CIRCUS BUSCH

Montabend,
5. September
15. 8 Uhr
Eröffnung
im völlig renovierten Hause
Vorverkauf: Wertheim und Zirkuskassen

Lustspielhaus

Heute 8¹⁵ Uhr
„Trixie“
Kom. Kom. Kom.
Kom. Kom. Kom.
Kom. Kom. Kom.

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Renaissance-Theater

8¹⁵ Uhr
Krankheit der Jugend
v. Ferd. Bruckner, Regie Gust. Hartung

Theater am

Nollendorfplatz
Täglich 8¹⁵ Uhr
Kleintheater
Schwarzwalddädel
Preise:
1, 2, 3, 4 Mk. usw.

CIRCUS BUSCH

Montabend,
5. September
15. 8 Uhr
Eröffnung
im völlig renovierten Hause
Vorverkauf: Wertheim und Zirkuskassen

Lustspielhaus

Heute 8¹⁵ Uhr
„Trixie“
Kom. Kom. Kom.
Kom. Kom. Kom.
Kom. Kom. Kom.

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

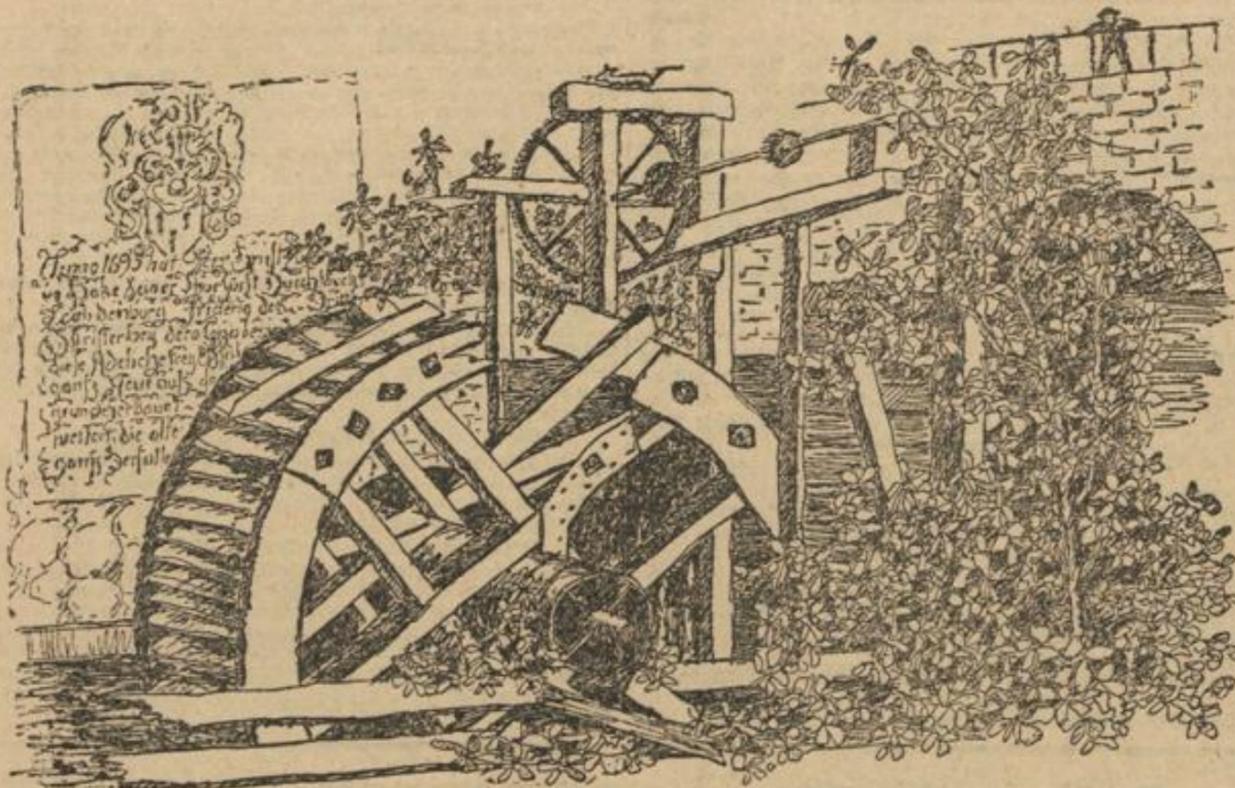
Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Verkauf

Wellenreißer Preis 8.70 15.-
10.50 Preisw. 21.50
12.50 Preisw. 27.50
14.50 Preisw. 33.50
16.50 Preisw. 39.50
18.50 Preisw. 45.50
20.50 Preisw. 51.50
22.50 Preisw. 57.50
24.50 Preisw. 63.50
26.50 Preisw. 69.50

Die romantische Mark.



Wenn man am Bahnhof Groß-Bichterfelde Ost die Trambahn 100 besteigt, kommt man auf der Fahrt durch Klein-Rachnow. Es lohnt sich, hier auszusteigen, dem Privatweg um den Ententeich zu folgen und dann die Straße rechts herunter zu gehen. Bald stößt man auf ein umfangreiches Gut, das der Familie von Hake gehört.

Zu diesem Gut gehört die an der Straßenfront gelegene ehemalige Wassermühle, die als solche zunächst nicht erkennbar ist. Indessen wird man durch einen in der Mauer der Mühle eingelassenen großen Stein mit kunstvoll eingehauener Schrift aufmerksam. Die altertümlichen Schriftzeichen besagen, daß „Anno 1695 Herr Ernst Ludwig v. Hake, seiner kurfürstlichen Durchlaucht zu Brandenburg Friedrich des Dritten Obrist bei der Garde zu Fuß, diese adeliche Freimühle hinwieder und ganz neu aus dem Grunde erbaut, diemessen die alte ganz zerfallen.“ Von einer kleinen Brücke aus aber sieht man heute wiederum auf ein zerfallendes Mühlrad, das zu dem massiven Bau der Mühle so gar nicht paßt.

Die Frage liegt nahe, warum das Mühlrad nicht erneuert wird. Daran hat der Bau des Teltow-Kanals (1901—05) schuld. Das Wasser der Bäte, das früher das Mühlrad trieb, wurde immer weniger und weniger und schließlich wurde die Bäte, angeführt durch den Bau des Teltow-Kanals, ziemlich trocken gelegt. Der damalige Besitzer der Mühle wartete zunächst die Fertigstellung des Teltow-Kanals ab, und da sich der Wasserstand der Bäte noch mehr senkte, stoppte man den Betrieb der Mühle. Die Räume wurden nun zu Wohnungen umgebaut; das Mühlrad wird jedoch als Wahrzeichen vergangener Zeiten an seiner Stelle belassen.

Inmitten des angrenzenden sehr schönen Parks liegt das Schloß derer v. Hake, doch wenn man bei einem Spaziergang durch den Park eine kleine Kletterpartie durch Gestrüpp und Unter-

holz nicht scheut, kann man sich bis zum Mühlrad heranzuarbeiten. Hier tummeln sich Ratten, und allerhand Tiere werden durch das Getöse der Zweige, die man zur Seite biegen muß, aufgeschreckt. Vögel zwischern und Insekten aller Art umkreisen den Wanderer, der hierher seine Schritte lenkt.

Wer Sinn für Romantik hat, kommt hier auf seine Rechnung. Von Klein-Rachnow kann man doch noch einen genutzreichen Spaziergang bis zur Rachnow-Schleuse und weiterhin durch schönen Wald bis Wannsee unternehmen.

Gas über Halle.

Schwefelgase einer Grube gefährden die Stadt!

Seit längerer Zeit leiden die Einwohner Halles unter den Schwefelgasen einer Braunkohlengrube. Trotz mehrfacher Androhung der Schließung des Betriebes ist dem gemeingefährlichen Treiben der betreffenden Grube noch kein Ende gesetzt worden. Wir erhalten, in Ergänzung unserer Meldungen im Abendblatt, aus Halle folgenden Bericht:

Infolge der ganz außergewöhnlichen Befestigungen, die besonders in den letzten Tagen durch die Schwefelabgaben der Schwelerei der Braunkohlengrube „Almine“ in Bruckdorf bei Halle aufgetreten sind, hat beim Oberbergamt in Halle eine Besprechung zwischen dem zuständigen Berghauptmann, dem Bergpolizeibezirksamten, den zuständigen Bergrevierbeamten, dem Stadtarzt als Vertreter des Magistrats, einem Vertreter des Polizeipräsidiums und dem Reichsbahnpräsidenten von Halle stattgefunden. Der Reichsbahnpräsident wies auf die Gefährdung des Eisenbahnbetriebes durch die Einwirkung der Gase auf das Betriebspersonal hin. Der Stadtarzt betonte die Schädigung der Gesundheit der Bevölkerung in sehr eindringlicher Form. Das Oberbergamt wird ersucht, die sofortige Einstellung des Schwelereibetriebes anzuordnen, wenn keine Maßnahmen

getroffen werden könnten, die sichere Gewähr für die vollständige Beseitigung der Gase böte. Der Bergrevierbeamte betonte, daß seinerseits die Werkleitung der Grube „Almine“ ständig unter Androhung der Stilllegung des Betriebes zur Anbringung der erforderlichen Verbesserungen angehalten worden sei und daß noch am gestrigen Tage vorläufige Einrichtungen getroffen worden seien, die eine Verbesserung des Zustandes herbeiführen würde. Der Berghauptmann von Halle erklärte, daß, nachdem die zuletzt aufgetretenen Schädigungen weit über das bisherige Maß hinausgegangen seien, sofort ein Beschluß des Oberbergamtes darüber gefaßt werden müsse, ob der Schwelereibetrieb vollständig eingestellt und wesent-lich eingeschränkt werden müsse, so daß gesundheits-schädigende Einwirkungen künftig ausgeschlossen sind. Am Mittwoch abend war die Entscheidung darüber, ob der mit einem Kostenaufwand von 8 Millionen Mark errichtete Schwelereibetrieb sofort stillgelegt werden wird, noch nicht erfolgt. Da am Mittwoch ein entgegengesetzter Wind wehte, haben zwei Schulen, die wegen der Gasgefahr geschlossen werden mußten, den Unterricht wieder aufgenommen. Der Schulausschuß der Stadtordnungsversammlung hat sich mit einer Beschwerdechrift an die Aufsichtsbehörde gewandt.

Die geplagte Kriminalpolizei.

Sie sucht einen polnischen Mörder in Berlin!

Wegen Mordverfuges an einem polnischen Grenzpolbeamten wird jetzt auch von der Berliner Kriminalpolizei ein am 30. Juni 1903 in Sady, Kreis Radomsk, geborener polnischer Landarbeiter Theodor, auch Theodorus, Kolla gesucht.

Kolla wurde in Begleitung einer inzwischen ermittelten Frau dabei betroffen, wie er versuchte, die Grenze ohne Ausweis zu überschreiten. Beim Abtransport durch den Zollbeamten feuerte Kolla plötzlich aus einer verborgenen gehaltenen Waffe zwei Schüsse ab, die den Beamten in Bauch und Schulter trafen und schwer verletzten. Dann flüchtete er mit seiner Begleiterin über die deutsche Grenze zurück. Die Frau wurde später ermittelt und ist bereits dem zuständigen Gericht zugeführt. Kolla ist noch nicht ergriffen. Bald nach der Tat erschien er bei dem Landwirt Jaskoch in Oberhansdorf im Kreise Magd., schlich sich dort gegen 9 Uhr abends ein und betrat unerwartet das Wohnzimmer, in dem die Familie mit einigen Angestellten bei Tische saß. In jeder Hand einen Revolver haltend, forderte er die erschrockenen Leute auf, ihm das Versteck des Geldes zu zeigen und nahm 300 Mark an sich. Dann zwang er den Landwirt, ihm noch einen schwarzen Anzug und eine gestreifte Hose herauszugeben und zog diese Sachen in Gegenwart der Familie an. Schließlich forderte er noch Essen, was ihm auch gegeben wurde. Unter ständigen Drohungen, daß er, wenn man ihn verrate, durch seine Freunde dem Landwirt das Dach über dem Kopf anzünden werde, zog sich der Räuber zurück und entkam. An anderer Stelle hat er geäußert, daß er nach Frankreich gehen wolle und den Weg über Berlin nehme. Ein besonderes Kennzeichen des gefährlichen Burchen, der stets Schußwaffen bei sich trägt und daran rücksichtslos Gebrauch macht, ist ein Nierstein auf dem linken Steißbein. Der Verfolgte spricht polnisch und deutsch mit polnischer Betonung. Mitteilungen über sein Aussehen in Berlin an die Inspektion A im Polizeipräsidium.

Weil er „nicht von hier“ war!

Ein merkwürdiges Erlebnis hatte ein junger Schweizer Kaufmann, der sich für kurze Zeit in Berlin aufhielt. Im Auftrage einer Spielwarenfirma sollte er nach Brasilien reisen und dort Ab-schlüsse „tätigen“. Zur Erledigung einiger Formalitäten kam er nach Berlin und nahm in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes Quartier. Geiern stand er, auf einen Freund wartend, auf der Straße. Da näherten sich ihm zwei „Rachtwand-lerinnen“, die mit geübtem Blick wohl erkannt hatten, daß er „nicht von hier“ war. Ohne weiteres fielen sie ihm jählich um den Hals, zogen ihn in einen Hausflur und küßten den Der-bälben dort herzhaft ab. Ehe er ein Wort sagen konnte, waren sie ebenso plötzlich verschwunden, wie sie gekommen. Jetzt stellte der „Entei Tello“ fest, daß sie zum Ausgleich ihrer Liebenswürdigkeiten seine Briefstasche mit 3000 Schweizer Franken, seinem Reisegeld, stibitz hatten. Zum Glück hatte er wenigstens weder Fahrkarte noch Paß bei sich, so daß er seine Reise dennoch antreten konnte. Die Mädchen, die in jener Gegend nicht unbekannt sind, wurden von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen, wofür aber selbstverständlich keinen Pfennig genommen haben.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von R. Hauser.)

Langsam begann er sich der letzten Ereignisse zu erinnern. Eine Tatsache nach der anderen schlich sich in sein Gehirn. Bald war die ganze Reihe der Ereignisse dort in einem wüsten Haufen angelangt. Alles stürzte sich mit wachsender Schnelligkeit auf diesen Haufen, aber nichts konnte daraus hervorgezogen werden. Es war, als ob die Tatsachen in eine Pflüge fielen und darin versanken. Es war ihm vollständig unmöglich, einen Plan für seine Handlungen zu entwickeln.

Laut murmelte er: „Ich muß einen Plan machen.“

Als Antwort auf diese Ermahnung erschien ihm eine Vision von Gallaghers funkelnden Augen. Sie faszinierten ihn. Er vergaß seinen Plan. Eine Schar von Dingen lärmte in seinem Hirn mit höllischem Gepolter durcheinander. Er verlor seine Selbstherrschung und rannte, mit Händen und Füßen wie wahnsinnig um sich schlagend, unter dem Lärm umher und versuchte die Last der Dinge, die in sein Gehirn gerammt waren, zu bekämpfen. Es war die sinnlose Wut, die manchmal starke Männer überkommt, wenn sie nichts haben, keinen lebhaften Gegner, an dem sie ihren Zorn auslassen können.

Mindestens fünf Minuten lang arbeitete er sich rasend mit diesen sonderbaren Uebungen ab. Von seiner Stirn troff der Schweiß, als er aufhörte. Er fühlte sich wohler. Sein Kopf war klar. Er war sich wieder einer grimmigen Entschlossenheit bewußt, zu entkommen und diese Burden auf der Brücke zu überlisten. Ein Gedanke, den er für erstaunlich gerissen hielt, fiel ihm ein; der Gedanke, nach Süden zu entkommen, indem er einen weiten Umweg nach Norden machte, heraus durch die North Circular Road bis zum Phönixpark, dann westlich durch den Park und dann wieder nach Süden über Dolphin's Barn. Er dachte ganz vergnügt über diesen Umweg nach, als er plötzlich durch das Geräusch von Schritten unterbrochen wurde.

Trapp, trapp, trapp, trapp... kam das Geräusch schwerer Füße, die vor ihm die Straße herunterkamen. Zwei Polizisten auf ihrer Runde kamen langsam und rütelten im Vorbeigehen an den Vorlegelatten der Türen. Gypos Herz fing an, vor Entsetzen zu hämmern. Er glaubte, daß sie ihn suchten. Er verstand in seiner Verwirrung nicht, daß er jetzt unter dem Schuh der Polizei stand, als Spigel. Er vergaß, daß er nur auf sie hätte losstürzen und ihnen zu sagen brauchen, daß die revolutionäre Organisation ihn zum Tode verurteilt habe und ihn jetzt verfolge, um von ihnen in die Polizeikaserne gebracht zu werden, in Sicherheit. Im Gegenteil, er betrachtete sie noch als Feinde. Sein Geist hatte sich noch nicht an die Veränderung gewöhnt, die sein Gang zur Polizeiwache an diesem Abend in seiner Lage herbeigeführt hatte. Seiner Meinung nach war er noch ein Revolutionär. Er war sich durchaus nicht bewußt, daß er ein Spigel war, ein Freund von Geseh und Ordnung, ein Schlingel der Polizei.

Er schoß mit voller Geschwindigkeit aus der Gasse heraus und ratterte davon über die Straße. Er drehte rechts herum, rannte zehn Meter und tauchte in eine andere Gasse. Ohne anzuhalten, setzte er seine Flucht fort. Er raste ohne Zweck und ohne Ziel, durch panische Angst und die Unmöglichkeit zu denken vorwärts getrieben. Er rannte spornstreichs in alle möglichen Richtungen, einen Straßenumhang herunter, dann nach links, wieder zurück in paralleler Richtung, wieder die Straße herunter, die er verlassen hatte, mehrmals in seiner tollen Flucht um dieselbe Ecke biegend. Beraweiselt lief er, als ob er einen stüchtigen Kobold hegte, der sich ein Vergnügen daraus machte, in seiner eigenen Spur zurück-zulaufen. Er tappte durch Pfützen. Aus Händen und Knien kroch er über wüsten Gelände. Er krochte müchtig durch Löcher zerfallener Mauern. Er kletterte über Ziegelhaufen und Mauern, sprang in Hinterhöfe und kletterte wieder zurück in eine andere Straße. Er war zerhunden, mit Schmutz bedeckt und triefend naß. Seine Augen waren blutunterlaufen.

Da schlug plötzlich eine Uhr in seiner Nähe die halbe Stunde. Es war halb fünf Uhr. Er stand totentstarrt, durch den Schlag der Uhr gebannt. Es war nicht der Klang, sondern die Erinnerung, die er herausbeschwor. Er kannte den Klang dieser Uhr. Sie war dicht bei Katie Fog's Haus, wo er zu schlafen pflegte. Mit gepreisten Beinen, Brust und Schultern herausgepreßt, stand er in der Mitte einer

schmalen Gasse und horchte. Seine Lippen waren weit geöffnet.

Er stand wie ein ungeschlachtetes, halbgeformtes Ding, allein in dem grauen Schatten der Nacht, voll Staunen über sonderbare Dinge.

Er murmelte: „Es ist zwei Ecken von hier. Erst nach links, dann nach rechts. Jetzt muß sie zu Hause sein. Es muß drei oder vier Uhr sein.“

Er bewegte sich vorsichtig, horchte auf Geräusche und setzte die Füße leise dicht am Rande der Gasse. Er bog nach links, ging fünfzig Meter herunter und bog dann nach rechts. Er kam auf eine Art kreisförmigen Platz, in dessen Mitte eine Kirche stand. Er ging den Halbkreis herum, bis er die andere Seite der Kirche erreichte. Da, ungefähr fünfzehn Meter von der Kirche entfernt, an der Ecke einer kleinen Sackgasse, war das Haus, in dem Katie Fog ein Zimmer hatte.

Alle Häuser an dem kleinen Platz waren Logierhäuser, alt, grau, staubig, zerfetzt, verkommen, mit zerbrochenen Fensterscheiben. Fast alle Haustüren waren angelehnt. Es gab innen nichts zu sehen.

Gypos zog ehrfürchtig seinen Hut vor der Kirche, als er vorbeiging. Er trat in den Hausflur von Katie Fog's Haus. Der Flur war stockfinster. Einige Augenblicke stand er still und spähte in die Dunkelheit. Dann bemerkte er ein Nachtlicht auf dem ersten Treppenabsatz. Er erkannte das Licht, das Frau Delaney an jenem Abend dorthin stellte. Sie war von religiösem Wahnsinn befallen, seit ihr Sohn in der Revolution von 1916 getötet worden war. Er war getötet worden, während er verwundet die Straßen entlang rannte und um Hilfe rief.

Frau Delaney flüsterte jedem vertraulich zu: „Wenn er je nachts nach Haus kommen sollte, wird er das Licht brennen sehen und wissen, daß ich zu Haus bin. Gott ist gut zu den Seinen, und er wird für meinen Johnny sorgen.“

Gypos fühlte sich durch den Anblick des Nachtlichtes geträstet. Er stieg geräuschlos die Treppe herauf, bis er es erreichte. Als er daran vorbeiging, hielt er an der Biegung der Treppe inne und sah es, die Hand auf dem hölzernen Geländer ruhend, an. Aus irgendeinem Grund schlich er sich auf den Lebenspfähle heran, beugte sich nach vorn, als er noch zwei Schritte eiserner war, und blies es aus. Dann schreute er zusammen und starrte wild umher. Es war wieder stockfinster. (Fortsetzung folgt.)

Der Leichenfund in der Strelitzer Straße

Die Todesursache festgestellt.

Das geheimnisvolle Ende des 50jährigen Meers Alexander Gräß, der in seinem Kellerladen, Strelitzer Straße 74, tot aufgefunden wurde, scheint jetzt völlig geklärt zu sein.

Wie wir berichteten, haben verschiedene seltsame Umstände durchaus zu dem Verdacht Veranlassung, daß A. einen gewaltigen Tod gestorben sei. Inzwischen ist es der Polizei gelungen, die Vermutungen so weit zu führen, daß ein Verbrechen ausgeschlossen erscheint. Es konnte auch festgestellt werden, daß A. alles Geld, das er noch besaß, ausgegeben hatte. Zur Feststellung der Todesursache war die Leiche ins Schauhaus gebracht worden, wo sie gestern nachmittags obduziert wurde. Die Gerichtsärzte stellen einmütig fest, daß Gräß weder ersticht noch vergiftet worden, sondern einem Schlaganfall erlegen ist. Trotz alledem ist die Polizei noch weiter bemüht, nach dem Verbleib der vermischten Aktentasche und dem einen Filzpanzertüfel, der auf rätselhafte Weise verschwunden ist, zu forschen.

Die Blumenhändler klagen . . .

Eine Festversammlung.

Kampfbewegung wuchs empor im Laufe der festlichen Versammlung, die sich im ehemaligen Herrenhaus als Feiern des Verbandes deutscher Blumengeschäftsinhaber abspielte.

Es war ein Glück, daß die Vertreter der preussischen Regierung und der Stadt Berlin als erste Redner nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Max Häbner zu Wort kamen, so daß sie nicht gerade genötigt waren, auf die an die Regierungen, die Volksvertreter und Stadterwählten gerichteten Vorwürfe zu antworten, die der parlamentarische Vertreter der Blumengeschäftsinhaber und der gleichfalls als Mittelhandspolitiker sich bekennende Senator (d. h. Stadtrat) a. D. und W. d. R. Benjaminsen in ihren Blickpunkt und in die Festsprache „Blumengeschäfte und öffentliche Hand“ einflochten. Namentlich der mit Corthe-Platen um sich werfende Herr Senator a. D. nahm den § 164 der Weimarer Verfassung, der besagt, daß der Mittelstand erhalten bleiben soll, zum Ausgangspunkt einer heftigen Agitationsrede. Er ist schon ein Jahr eigen Ding, wenn diese halb- oder dreierlei-reaktionäre Gesinnungen sich nicht von der Verfassung sprechen, so wird dieser Ausspruch um so hurtiger, wenn er mit Angriffen gegen die gewerkschaftlichen Institutionen und gegen das bisher erlangte und jetzt der Verbesserung entgegengehende Erbrechtsrecht und Recht des Arbeiters gekoppelt wird. Den Blumengeschäftsinhabern hat diese Mischung von Banalitäten und verächtlichen reaktionären Ausfällen, nach der Stärke des Beifalles zu urteilen, ausnehmend gefallen, auch der in die geistige Domäne der Mittelhandspolitiker fallende Wortwitz „vox populi — vox bländi“ wurde freudig begrüßt. Hätte der Senator a. D. und W. d. R. Herr Benjaminsen die wirklich vorhandenen Mängel auf dem Gebiete des Bahnhof-Blumenhandels und in den das Kirchhof-Blumenweien betreffen, den Vorschriften ohne den parteipolitisch aufreizenden Unterton seines Vortrages geübt, so würde er sicher den Blumengeschäftsinhabern größere Dienste geleistet haben.

Die Blumenhändler klagen, wie schon gleich Herr Häbner ausführte, über den Straßenhandel, über den Bahnhofshandel, über den Handel auf den Stadtmärkten, über den Verkauf durch Raubentkäufer, über die Aufzucht, keine Krampfsenden den Toten zu widmen. Wörtlich das Publikum klagt, haben wir in unserem Ausstellungs-Begrüßungsartikel dargestellt; vom Publikum war überhaupt fast niemals die Rede. Dagegen wurde die „jüngliche Verbundenheit“ zwischen Gärtnern und Blumengeschäftsinhabern immer und immer wieder betont, während doch jedes Kind weiß, daß diese Verbindung eine Zwangsverbindung, aber keine Liebesverbindung ist, da der Gärtner angesichts der Vadenverkaufspreise fast immer einen viel zu geringen Erlös erhält.

Unseres Erachtens ist der ganz schlaue Plan, mittels des § 164 der Verfassung die Herren des Einzelhandels für die Wirtschaftspartei einzufangen, ein Versuch mit unglücklichen Mitteln. Das heißt jetzt vielmehr in einer ganz anders gearteten Bearbeitung des kaufmännischen Publikums. Mit Recht rief Direktor Lesser in dieser Festigung, die Geschäfte zu bewegen, daß sie in ihre Auslagen Blumen einstellen (einige tun es bereits), aber wir möchten weitergehen und die Restaurants, die Wartezimmer, die Autos ebenfalls heranziehen, ferner raten, auch den Weg der Knopfschloßblumenpropaganda zu beschreiten, also einzelne Blumen preiswert zu verkaufen, ferner für das Haus und das Auto Monatsabonnements einzuführen; statt der Krampfsenden, über die doch ebenso viel gegen als für zu sagen wäre, könnte sich die Seite einbürgern, daß die Hinterbliebenen und Freunde Blumen in die Krankenhäuser senden und dies bekanntgeben würde.

Die Blumengeschäftsinhaber haben mit ihrer Ausstellung bemerkt, daß sie Künstler sind, sie müssen aber noch eine zweite Prüfung ablegen, nämlich die, daß sie auch moderne Kaufleute und moderne Arbeitgeber sind. Aber hier scheinen sie noch manches lernen zu müssen.

Neue Numerierung der Berliner Häuser.

Im Oktober neue Straßen- und Verkehrsordnung.

Der Polizeipräsident Genosse Jürgelbel sprach am Montag in einer Versammlung, die die „Vereinigung der freien Hausbesitzer“ im Lehrtervereinshaus abhielt, über das Thema „Der Hausbesitzer im heutigen Großstadtleben“.

Er ging auf die Umwandlungen ein, durch die das Berliner Zentrum von der Wohnstadt zur Geschäftsstadt wurde und behandelte im Zusammenhange damit die verkehrstechnischen Aufgaben, die die heutige Verkehrsordnung erzwingen. Manche dieser Bestimmungen sind von den Hausbesitzern bekämpft worden, aber die Interessen der Allgemeinheit gehen immer über die einzelnen Berufs- oder Wirtschaftsgruppen. Auch die neue Straßen- und Verkehrsordnung wird einschneidende Veränderungen im Leben der Großstadt bringen. Durch diese neue Verkehrsordnung wird Einheitlichkeit geschaffen werden. Die zahlreichen Einzelanordnungen werden verschwinden. In diesen neuen Bestimmungen, die im Oktober in Kraft treten sollen, wird auch eine andere Nummerierung der Häuser festgesetzt. So wie es in vielen anderen Städten ist, werden auch in Berlin dann die geraden auf der einen, die ungeraden Nummern auf der anderen Straßenseite zu finden sein. In den neu angelegten Straßen wird bereits die Nummerierung im Sinne dieser Verordnung durchgeführt. Sicherlich wird dem Fremden durch diese Anordnung das Zurechtfinden in der Großstadt sehr erleichtert werden. Dem gleichen Ziele dient auch die Beleuchtung der Hausnummern, über die mit den Hausbesitzern zurzeit verhandelt wird. Sicherlich ist das Haus, dessen Nummer erleuchtet ist, leichter zu finden. Dabei verurteilen aber die Unterhaltung und die Stromkosten dem Hauswirt keine größeren Ausgaben als 3 M. monatlich. Vielleicht kommt man später auch dazu, die Straßenschilder selbst zu beleuchten. Der Polizeipräsident betonte dann noch, daß die Polizei zwar die Interessen der Allgemeinheit wahren müsse, aber jederzeit bereit sei, mit allen Wirtschafts- und Berufsgruppen zusammenzuarbeiten.

Wenn der Zeppelin um die Erde fliegt. In Seningrad wird eine Kommission zur Förderung des geplanten Weltfluges des deutschen Luftschiffes N 127 organisiert. Für die ersten beiden Rotlandungen des Luftschiffes sollen auf der Straße zwischen Reningrad und Bladimostol geeignete Landungsplätze errichtet werden.

Berlin wehrt sich gegen Diphtherie.

50 000 Mark für die Schutzimpfung.

Als Vorbeugungsmassnahme gegen die Diphtherie ist den Besitzvätern im Dezember 1927 die Durchführung der dritten Schutzimpfung anempfohlen worden, der sich kürzlich erst der Berliner Herzleibwund besonders angenommen hat. Erstausführer ist die Teilnahme an der Impfung besonders bei der Schutzimpfung außerordentlich groß. Der Berliner Magistrat hat nunmehr 50 000 M. für die Durchführung dieser Schutzimpfung für das laufende Rechnungsjahr bereitgestellt, da bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs Mittel für diesen Zweck noch nicht eingestellt waren, weil seinerzeit die Frage der Schutzimpfung noch nicht akut war. Mit dem bewilligten Betrag glaubt man nach den bisherigen Erfahrungen bis zum Schluß des Rechnungsjahres auszukommen. Den Stadtverordneten, die am 13. September ihre Arbeit wieder aufnehmen, ist eine dementsprechende Vorlage zugegangen.

Bei den Impfungen der Schulkinder gegen Diphtherie stellen sich immer wieder Eltern ein, die, ehe sie ihre Einwilligung zur Impfung geben, von dem impfenden Schularzt Aufklärung haben möchten über die Wirkung der Impfung sowie über eventuelle schädliche Folgen: Irgendso viel Eltern aber, die auch diese oder ähnliche Fragen auf dem Herzen haben, finden nicht die Zeit, den Impfsort aufzusuchen. Wir geben deshalb im folgenden eine Antwort auf die üblichen den Impfsorten gestellten Anfragen:

1. Aus welchen Merkmalen schließt man auf eine starke Ausbreitung der Diphtherie im kommenden Winter?

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas und Amerikas ist in den letzten Jahren eine steigende Zunahme der Diphtherieerkrankungen zu beobachten gewesen. So hat sich z. B. in Berlin die Zahl der gemeldeten Diphtherieerkrankungen von 1926 bis 1927 mehr als verdoppelt. Beachtenswert ist ferner, daß nicht nur die Zahl der Diphtherieerkrankungen, sondern auch ihre Bösartigkeit stark zugenommen hat. Während 1924 der Prozentsatz der Todesfälle bei Diphtherie noch nicht 6 Proz. betrug, hat er 1927 bereits die Höhe von über 11 Proz. erreicht; in einzelnen Bevölkerungsgruppen sogar die Höhe von 25 Proz., und die Erfahrungen, die wir bei den Diphtherieerkrankungen in diesem Sommer gemacht haben, lassen auch auf eine noch zunehmende Bösartigkeit schließen.

Der Raubmord im Elzug.

Die Untersuchung der Nordkommission.

Die Verleumdung, ist im Elzuge Bremen—Hamburg ein schweres Verbrechen verübt worden. Zu der schweren Bluttat werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Am frühen Morgen fand man am Bahnkörper zwischen Schoel und Rotenburg die Leiche eines Mannes mit schweren Verletzungen. Der Tote hatte nur eine Fahrkarte zweiter Klasse, ein Taschenmesser und die goldene Uhr bei sich, während Brieftasche und Geld fehlten. Trotzdem gelang es, ihn als den Direktor der Margarinewerke Demmerhoff, Nordmann, festzustellen, der am Montagabend von Altona nach Bremen fahren wollte. Einige Kilometer weiter lagen neben dem Bahngleis, auf eine längere Strecke verstreut, ein Büchchen, ein zerdrückter Strohhalm und ein Mantel.

Nach dem Befund ist anzunehmen, daß Direktor Nordmann im Zuge überfallen, ermordet und aus dem Zuge geworfen worden ist. Eine Gerichtskommission mit dem Staatsanwalt aus Barmünde begab sich unverzüglich nach dem Bahnwärterhaus bei der Station Schoel, um den Tod des Direktors aufzuklären. Die Schädeltrennung ist nach Ansicht der Kommission erst durch das Aufschlagen des Kopfes auf die Schienen eingetreten. Sämtliche Wertgegenstände, die der Tote bei sich trug, sind verschwunden.

Direktor Nordmann stand im 52. Lebensjahr; er hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern.

Bilzausstellung in Karlshorst. In der Zeit vom 17. bis 18. September 1928, 17—20 Uhr, findet in der Kantsschule, Berlin-Karlshorst, Treptowallee 44, eine Bilzausstellung für Schüler, Lehrer und Eltern statt.

Die Schwindschuldbreite in Oberschönebeck, der sogenannte Kaiserberg, wird am Sonntag, dem 16. und 23. September 1928 für den Verkehr gesperrt, da an diesen Tagen die Auswechslung der Lager der Brücke vorgenommen werden soll.

Das Rose-Theater hat die alte Berliner Rolle „Bach-Schulze“ von Hermann Salinger wieder aufleben lassen. Paul Rose hat das beste Lokalstück einer Umarbeitung unterzogen, und seine geschickte Regie, die die schwachen Stellen des „Bach-Schulze“ zu verdecken, die wirksam zu unterstreichen wußte, hat im Verein mit der leichtbeschwingten, vollständig gehaltenen Musik das Uebrige, um die Premiere des Stückes zu einem vollen Erfolge werden zu lassen. Beispiel wurde äußerst statt. Besonders hervorzuheben sind die Leistungen der Hauptdarsteller der Brüder Hans und Will Rose, Erna Kerpens, Votte Saalfeld, Karl Wagner. Die Couplets gefielen derartig, daß sie wiederholt werden mußten. Das Publikum amüsierte sich köstlich an den alten Berliner Typen

Funkwinkel.

Boul Westheims Vortrag „Wozu neue Kunst“ verdient zuerst das Lob, daß er den Anforderungen des Rundfunks gerecht wurde. Allgemein Befriedigendes wurde in allgemeinverständlicher Form gesagt. Man könnte mit Westheim über die Grundfragen streiten, die zur neuen Kunst geführt haben. Westheim versteht dabei unter „neuer Kunst“ alle nicht klassizistische Kunst. Er unterscheidet unter Kunst der Schönheit und Kunst der Wahrheit. Diese „Kunst der Wahrheit“ wäre vielleicht in erster Linie Kunst des Volkes zu nennen — im Gegensatz zur schönen Kunst, die von jenen oberen Schichten bestimmt wurde, die das Volk nicht kennen wollten. Westheim sah dagegen in der Entwicklung zur „Kunst der Wahrheit“ nur eine Fortführung desselben Kunstbegriffes in gefunden Bahnen. Aber die Anweisungen, die er für Kunstbeiträge überhaupt gab, für die geistige Einstellung des Behauers zum Kunstwerk, waren überaus wertvoll. — Dr. Th. Tischauer hielt in seinem Zyklus „Der Rechtsanwaltschaft und seine Vortel“ nun schon seinen zweiten Vortrag: „Die Tätigkeit des Anwalts vor Gericht.“ Man gewinnt den Eindruck, daß mit diesen Ausführungen wirklich eine nützliche Volksbelehrung über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten geboten wird. — In der „Jugendstunde“ führte Gertrud v. Capjeren mit ihrer Waldgruppe Langsiedchen auf. In diese Veranstaltungen können aber nur sehr kleine Kinder Gefallen finden. Man sollte sie daher mit anderen auf etwas ältere Jugendliche zugeschnitten, abbrechen lassen. Der Schmelzer Abend wurde mit einigen verständig einfindenden Sätzen begonnen. Dann hörte man Rezitationen und Musik.

Dies Anschwellen einer Krankheit ist uns nichts Neues, sondern der wellenförmige Verlauf, bei dem Anschwellen und Wachsen sich über Jahrzehnte verbreitet, ist uns sowohl von der Diphtherie sowie anderen Infektionserkrankungen bekannt und seit vorigem Jahrhundert mehrfach beobachtet.

2. Wie wirkt die Impfung? Nicht wie beim Diphtherieheißserum wird dem Körper eine fertige Menge Gegengift einverleibt, das er nach wenigen Wochen schon wieder ausschleibt, um aufs neue ungeschützt zu werden, sondern der Körper wird durch die jetzt angewandte Impfung zur Gegengiftbildung angeregt, so daß er Schutz gegen eine Diphtherieerkrankung für Jahre behält. Daher tritt der Schutz auch nicht sofort ein wie beim Diphtherieheißserum, sondern beginnt zwei Wochen nach der Impfung und erreicht seine volle Höhe nach einigen Monaten. In Amerika hatte man schon 1924 über eine Million Kinder geimpft. Diphtherieerkrankungen bei den Richtgeimpften hatte man fünfmal so häufig wie bei den Geimpften; auch verliefen bei den Geimpften, falls sie überhaupt erkrankten, die Erkrankungen leichter.

3. Welcher Art übernimmt die durch die Impfung möglichen Schädigungen des Kindes?

Schädliche Folgen sind weder bei den Massenimpfungen in Amerika noch in Deutschland beobachtet worden. Gelegentlich bei besonders empfindlichen Kindern stellen sich leichte Schmerzen im Arm und Fieber für ein bis zwei Tage ein, dagegen keine schädlichen Dauerfolgen.

4. Wie oft muß die Einspritzung wiederholt werden?

Bei dem Impfstoff, der in einigen Berliner Bezirken verwendet wird, ist zur Erlangung eines größtmöglichen Impfschutzes eine dreimalige, bei dem in anderen Bezirken verwendeten eine nur zweimalige Impfung erforderlich.

5. Sollen unsere Kinder nur Versuchsobjekte sein?

Nein, gewiß nicht, aber wenn die Diphtherie so bösartig auftritt, daß wir in den Schulen nicht mehr mit unseren bisherigen Bestimmungsmitteln wie Durcheinanderführung der Kinder, Desinfektionen, Klassenschiebung auskommen, so wäre es unverantwortlich um Gesundheitsamt, wenn es dieses Impfverfahren, das erstens unschädlich ist, zweitens nach den bisherigen Erfahrungen die Aussicht auf Schutz gewährt, den Eltern, die um das Leben ihrer Kinder besorgt sind, vorenthalten wollte.

aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die aber auch heute noch nicht der Vergangenheit angehören. Ausgezeichnet geisteln auch die von George Blanquet einstudierten Tänze und die von Kapellmeister Max Schmidt schwingend dirigierte musikalische Begleitung, die das sehr gut eingespielte Orchester ausführt.

Unterschlagungen bei der Reichsbahn?

Ein Fehlbetrag beim Anhalter Bahnhof.

Die Stationskassen der Reichsbahn werden von Zeit zu Zeit einer Revision unterzogen, die ohne jede vorherige Ankündigung und ohne daß die betreffenden Beamten von dem Eintreffen der Kassenkontrolloren eine Ahnung haben, vorgenommen wird.

Zuletzt wird die Kasse des Anhalter Bahnhofes in Berlin geprüft, also einer Station, die wegen des hier zu verzeichnenden außerordentlich starken Verkehrs immer riesige Einnahmen zu verzeichnen hat. Bei der Prüfung der Belege hat sich nun ein vorläufiger Fehlbetrag von 12 000 Mark herausgestellt, ohne daß jedoch bisher festgestellt werden konnte, ob es sich hierbei um eine Unterschlagung größerer Einnahmen oder nur um einen Irrtum, eine Fehlbuchung handelt. Der für die Kassenerhebung verantwortliche Beamte wurde im Hinblick auf dieses nicht unerhebliche Konto von der Stationskasse zu einer anderen Dienststelle versetzt und gleichzeitig eine Untersuchung eingeleitet, die aber noch nicht abgeschlossen ist. Da die Kassenerhebung beim Anhalter Bahnhof noch nicht beendet ist — die Kontrolle dauert im allgemeinen 8 bis 14 Tage — ist es immerhin nicht ausgeschlossen, daß ein Irrtum des Beamten, der jede Schuld befreit, vorliegt. Die Meldung, daß bereits große Schiebung und Unterschlagungen festgestellt seien, wird von der Reichsbahndirektion Berlin als unzutreffend bezeichnet. Auch die Kriminalpolizei ist bisher mit dieser Angelegenheit nicht befaßt, vielmehr liegt die Untersuchung, deren Ergebnis man zunächst abwarten muß, noch ausschließlich in den Händen der Reichsbahn.

Der „Adjutant des Kaisers“.

Ein Millionenschwindler.

In Bremen wurde der Kaufmann Ido Behrens wegen umfangreicher Betrügereien verhaftet.

Die Schwindelereien des Kaufmanns, der u. a. mit gestohlenen Briefbögen des Norddeutschen Lloyd von drei norddeutschen Legationsfirmen über eine Million Reichsmark herausgelockt und verwertet hat, dürften sich nach Ansicht der Bremer Staatsanwaltschaft zu einem der größten bisher vorgenommenen Betrugsfälle entwickeln.

Behrens hat den Bogeländer Kaufmann 300 Wechsel im Betrage von über 700 000 Mark gegeben; diese Wechsel sind zu Protest gegangen. Das Geld ist als verloren zu betrachten, da Behrens ohne Vermögen ist; er hat keinen Wechseln in Bremen bereits vor einiger Zeit geschlossen und die Umleitung eines Kontokorrentverkehrs beantragt. Wahrscheinlich werden einige der Firmen ihre Zahlungen einstellen. Auch verschiedene Berliner Kaufleute, die die von Behrens erschwindelten Waren bei einer Versteigerung durch einen Auktionator angekauft haben, werden große Verluste erleiden, da sie die erworbenen Waren voraussichtlich wieder herausgeben müssen. Der gefürchtete Betrüger hat außerdem zahlreiche andere Hochstapelen begangen, wobei er sich verschiedenen als führender Adjutant des Kaisers und als ein im Kriege mehrfach dekorierter Oberleutnant ausgab. Bei verschiedenen Firmen erliefen er in der Maske eines Beauftragten von Wersten, Hotels und Pensionen und erwarb Waren und Geldbeträge.

Autodroschke überfährt zwei Passanten.

In der Bellevueallee im Tiergarten wurden gestern abend der 71jährige Ernst Hesse aus der Pausstraße 28 und die 53jährige Frau Elise Stenzig aus Potsdam beim Ueberfahren des Fahrdammes von einer Autodroschke überfahren. Die Verunglückten wurden mit schweren Verletzungen zur Rettungsstelle 2 und von dort in das Elisabethkrankenhaus übergeführt. Die Verletzungen des alten Mannes waren so schwer, daß er kurze Zeit nach seiner Entlassung starb.

Unser Genosse Adolf Herrmann vom 61. Bezirk (25. Abt.) begeht heute seinen 60. Geburtstag. Wir wünschen dem Genossen für sein weiteres Leben alles Gute.

Die elegante Dame und der gepflegte Herr gebrauchen **Picavon**

Widerspruchsvolle Verkehrspolitik.

Reichsverkehrsministerium verleuert die Binnenschiffahrt.

Das Reichsverkehrsministerium hat beschlossen, zugleich mit der Erhöhung der Reichsbahntarife die Abgaben für die Binnenschiffahrt um 11 Proz. heraufzusetzen. Dieser Beschluß kommt nicht nur für die Dessenlichkeit völlig überraschend, er ist für die Binnenschiffahrt ein unangenehmer Schlag, da das Reichsverkehrsministerium es nicht für nötig gehalten hat, sich vorher mit den Vertretern der Binnenschiffahrt und dem Reichswasserstraßenbeirat über die geplante Erhöhung der Schiffsabgaben zu verständigen.

Auch widerspricht das Reichsverkehrsministerium mit dieser Maßnahme seiner bisherigen Politik, da es bis zu dem kürzlich erfolgten Schiedspruch des Reichsbahngerichts sich der Erhöhung der Reichsbahntarife widersetzt hatte. Das Ministerium hat versucht, seinen Beschluß vor der Dessenlichkeit zu rechtfertigen und in der Hauptsache finanzielle, verkehrs- und baupolitische Gründe als ausschlaggebend angegeben. In erster Linie entscheidend seien baupolitische Erwägungen gewesen, da der Ausbau eines großen deutschen Wasserstraßennetzes im allgemeinen Interesse liege.

Es sei ferner nicht zu bestreiten, daß die Wasserstraßen ihre Selbstkosten nicht decken könnten, und daß man die Schiffsabgaben um 23 Proz. erhöhen müßte, um das bestehende Defizit von 3,3 Millionen Mark jährlich auszugleichen. Auch gebe die allgemeine Tarifierhöhung der Reichsbahn der Binnenschiffahrt die Möglichkeit, in schärferem Wettbewerb mit der Reichsbahn zu treten. Das Ministerium erklärt ferner, daß etwa zwei Drittel der deutschen Binnengewässer von der Erhöhung der Schiffsabgaben nicht berührt würden, da der Rhein, die Elbe und teilweise die Oder nicht abgabepflichtig seien. Daher würde die Abgabenerhöhung nur die Transporte auf den künstlichen Wasserstraßen, den Kanälen, treffen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die deutsche Reichsbahn gerade die Wettbewerbsstarke von der letzten Tarifierhöhung ausgenommen hat. Wie weit der Begriff der Wettbewerbsstarke dabei von der Reichsbahn gespannt ist, zeigt sich darin, daß so ziemlich alle Ausnahmestellen mit Ausnahme der Binnenschiffsabgabenstarke enthalten sind. Daher wird sich die Tarifierhöhung der Reichsbahn vor allem in einer Zusatzbelastung der An- und Abfahrtsfrachten auswirken und damit eine weitere Verschärfung der Wettbewerbslage zwischen Schiene und Wasserweg zugunsten des letzteren herbeiführen.

Es ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, daß das Reichsverkehrsministerium mit der überraschenden Erhöhung der Schiffsabgaben eine Politik verfolgt, die einseitig den Interessen der Reichsbahn dient. Auch der Hinweis des Reichsverkehrsministeriums, daß die bisherigen Abgaben der Binnenschiffahrt die laufenden Betriebs- und Unterhaltskosten nicht decken, kann keineswegs überzeugen; denn die Reichswasserstraßen haben von jeher einen Zuschuß erfordert, und auch die letzte Erhöhung der Schiffsabgaben kann nach den eigenen Angaben des Ministeriums das Defizit nur zur Hälfte ausgleichen.

Wenn schließlich das Ministerium baupolitische Gründe als entscheidend hinstellt, so ist trotz sehr geteilter Meinungen über den wirtschaftlichen Wert der Wasserstraßen zuzugeben, daß ein möglichst einheitliches und eng verbundenes Reichswasserstraßennetz für den innerdeutschen Verkehr erwünscht ist. Will aber das Verkehrsministerium auf diesen Wasserstraßen einen regen Verkehr erhalten und weiterentwickeln, so darf es nicht durch Maßnahmen, wie diese überraschende Abgabenerhöhung, eine Politik der Verkehrsdrainage treiben.

Der amtliche Hinweis, daß sich das Reichsverkehrsministerium vor seinem Beschluß nicht an den Reichswasserstraßenbeirat habe wenden können, da bei der schon am 1. Oktober in Kraft tretenden Erhöhung der Abgaben hierzu keine Zeit gewesen wäre, erscheint nun ganz und gar unangebracht, da hierdurch nur der Verdacht gestärkt wird, daß das Reichsverkehrsministerium zwischen der Tarifierhöhung der Reichsbahn und der geplanten Verleuerung des Schiffsverkehrs einen Zusammenhang hergestellt hat, der die Binnenschiffahrt mit Recht empören muß.

Scheuer-Konzern und Genossenschaften

Bedarfsdeckung der genossenschaftlichen Getreidemengen.

Auf Einladung der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste fand gestern eine Besprechung über die Fragen des landwirtschaftlichen Getreidegeschäfts und über die Fragen der Bewegung und Finanzierung der diesjährigen Ernte zwischen Vertretern der genossenschaftlichen Warenzentralen und Vertretern des Scheuer-Konzerns statt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde von genossenschaftlicher Seite die Zweckmäßigkeit einer engeren Verbindung zwischen genossenschaftlichen Warenzentralen und Scheuer-Konzern ausgesprochen und der Wille zu einer entsprechenden geschäftlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Zur Erleichterung der Finanzierung der diesjährigen Ernte wurde angefragt, ob die Mängel des in den Vorjahren bei der Getreidelombardierung geübten Verfahrens eine Bedarfsdeckung der genossenschaftlich erfassten Getreidemengen durch den Scheuer-Konzern in Aussicht genommen. Die abschließenden Verhandlungen über die Bedingungen und technischen Einzelheiten dieser Form der Erntefinanzierung werden in einem engeren aus Vertretern beider Gruppen gebildeten Ausschuss alsbald durchgeführt werden.

Widerstandsfähiger Arbeitsmarkt.

Aber schlechte Lage der Textilindustrie.

Die Neigung zur Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die Woche vom 3. bis 8. September etwas schwächer gewesen. In manchen Bezirken zeigte sich sogar eine geringe Abnahme der Erwerbslosen durch. Allerdings war die Bewegung und Vermittlung ungewöhnlich groß, im ganzen dürfte sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage kaum verändert haben.

Im Bergbau ist die Lage nicht einheitlicher geworden, die Arbeitsmarktlage hat sogar das nördliche Ruhrgebiet mit seinen modernen Anlagen ergriffen. Der Braunkohlenbergbau verzeichnet dagegen eine befriedigende Lage, die Belegschaftszahl in Mittelsachsen ist z. B. größer als im Vormonat. In der Salinenindustrie erfolgten eher überwiegend Entlassungen. Der Baumarkt stellt wenig Veränderungen in der im ganzen noch günstigen Lage fest. Kennenswerte Beobachtungen sind jedenfalls nicht eingetreten, auch bei den Baustoffindustrien machen sich weitere Rückgangsercheinungen bemerkbar, die für den Arbeitsmarkt zunächst weniger durch Entlassungen als durch Abschmälerigkeiten, Sogearbeit und Kurzarbeit in Erscheinung treten. Die Be-

Alkoholverbot und Schnapsprofite

Wahlfeldzug der amerikanischen Großchemie.

Mister John Rastob und Mister Pierre Dupont de Nemours haben beschlossen, wie vor kurzem aus Amerika mitgeteilt wurde, sich aktiv am amerikanischen Präsidentenwahlkampf zu beteiligen, und zwar zugunsten des demokratischen Kandidaten M. Smith.

Die deutschen Zeitungslieferer mag diese Tatsache herzlich wenig interessieren, sofern sie nicht wissen, wer diese beiden Herren sind und aus welchen Motiven heraus sie handeln. Gleichwohl ist der Sachverhalt, besonders für den deutschen Arbeiter, im höchsten Grade interessant, weil es sich um zwei der bekanntesten Großunternehmer der Vereinigten Staaten handelt.

Was veranlaßt sie, sich ausgerechnet für den demokratischen Kandidaten zu bemühen? M. Smith gilt bekanntlich als Vertreter derjenigen, die das gegenwärtig in den Vereinigten Staaten bestehende

Alkoholverbot beseitigen

wollen. Mit einem solchen Mann an der Spitze würden die Interessen versuchen, die Alkohollieferung Amerikas noch jahrelanger Unterbrechung wieder durchzuführen und die löstige Prohibition zu beseitigen. Man kann ruhig sagen, daß es im Grunde reine Profitinteressen sind, die die politische Betätigung der beiden Kapitalisten diktiert. Bei John Rastob ist das zunächst nicht ganz deutlich. Er ist Mitglied des Finanzkomitees der größten amerikanischen Automobilgesellschaft (General Motors Corporation) und gleichzeitig deren Vizepräsident. Zwar hat der Automobilbau an sich mit dem Alkohol nichts zu tun. Rastob ist jedoch zugleich Aufsichtsratsmitglied des größten amerikanischen Chemiekonzerns, der Dupont-Gesellschaft, und bezieht von ihr eine sehr beträchtliche Lohntieme. Aber auch sonst bestehen zwischen der General Motors Gesellschaft und dem Dupont-Konzern seit Jahren die allerengsten Beziehungen, einmal da Dupont über mehr als den vierten Teil des Aktienkapitals dieser Autogesellschaft verfügt. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß

mehr als die Hälfte des Reingewinns

des Dupont-Konzerns aus den Dividenden stammt, die dieser Aktienbesitz regelmäßig abwirft. Im Jahre 1927 betrug zum Beispiel diese Dividendeneinnahme 23,6 Millionen Dollar, also rund 100 Millionen Mark.

Kann man also infolge dieser engen Verbindung Mister Rastob nicht nur als Vertreter der Automobilindustrie, sondern auch als einen führenden Mann der Großchemie betrachten, so gilt das in noch viel höherem Maße von Pierre Dupont. Er ist der Chef jenes Riesenunternehmens, das in den Vereinigten Staaten etwa die Rolle spielt, die der I. G. Farben-Industrie A.-G. in Deutschland zukommt. Die Parteinahme dieses Großunternehmens für den Demokraten erregte in den Vereinigten Staaten deshalb großes Aufsehen, weil die Dupont-Familie, eine der reichsten Unternehmerfamilien der Vereinigten Staaten, seit jeher als republikanisch gegolten hat, und somit die jegliche Stellungnahme

Pierre Duponts als Bruch mit der jahrzehntelangen Tradition anzusehen ist. Dupont sah sich daher veranlaßt, seinen Schritt zu begründen: die „Trodenlegung“ Amerikas ist seiner Meinung nach

eine widerwärtige Heuchelei.

eine durchaus unmoralische Einrichtung, die zu zahllosen Korruptionsercheinungen geführt hat, die überall Unwahrhaftigkeit erzeugt und aus sittlichen Gründen aufs jämmerliche wieder beseitigt werden muß.

Es ist ganz zweifellos richtig, daß in Amerika praktisch der Alkoholgenuß nur für diejenigen wirklich verboten geblieben ist, die nicht genug Mittel haben, ihren Bedarf auf Umwegen und unter Zahlung sehr erheblicher Summen dennoch zu decken. Es sind zum überwiegenden Teil nur die bemitteltesten Schichten der Vereinigten Staaten, die das Alkoholverbot jederzeit umgehen können und auch heute noch

In die Milliarden gehende Summen

hierfür ausgeben. Diese Milliarden erhält der Schmuggel, der keine Binkelfabrikant, der geriffene Drogist — und diese Tatsache ist es, die den berechtigten Reid und Zorn des Herrn Dupont erregt und seine moralische Entrüstung so hoch aufwallen ließ. Man muß nämlich wissen, daß der Dupont-Konzern, genau so wie die übrigen großen Chemiekonzerne der Welt, ein sehr vielfältiges Produktionsfeld hat. Wir nennen beispielsweise Sprengstoffe, Farbenprodukte, Stickstoff, Kunstseide, photographische Erzeugnisse usw. Nicht vergessen werden dürfen aber bei solch einer Aufzählung die recht umfangreichen Alkoholinteressen dieses Konzerns. Die Dupont-Gesellschaft ist eng verbunden mit der Rational Distillers Products Corporation,

einer großen Spritgesellschaft.

Genso mit deren Tochtergesellschaft, der Kentucky Alcohol Corp. Mit dieser letztgenannten Gesellschaft gründete Dupont 1925 die Eastern Alcohol Corp. Die Gewinne dieser Gesellschaften aus der Melasseverarbeitung, der Herstellung industriellen Alkohols, der Glycerinerzeugung usw. sind auch heute sehr hoch, aber zweifellos würden sie noch höher sein, wenn die Alkoholherzeugung auch zu Genußzwecken wieder in vollem Umfang einsehen dürfte. Das Profitinteresse, das eine solche Möglichkeit bietet, ist so groß, daß es, wie wir schon, die bisherige republikanische Ueberzeugung glatt über den Haufen warf.

Sollte tatsächlich, was freilich nicht sicher ist, M. Smith Präsident werden, so wird er wohl wissen, was er seinen Helfern schuldet und womit er sie für ihre Bemühungen entschädigt. Leider sind die breiten Massen der amerikanischen Bevölkerung politisch immer noch so wenig entwickelt, daß sie in ihrer übergroßen Zahl noch nicht wissen, welche Antwort solchen politischen Führern und solchen Kampfmethoden gebührt.

Städte als Auftraggeber.

Die Stadt Wiesbaden, die bekanntlich die Konzession mit der Süddeutschen Straßenbahn-Gesellschaft nicht erneuert und beschloffen hat, an Stelle des Straßenbahnverkehrs den Auto-Omnibusbetrieb einzuführen, hat der Firma Henschel u. Sohn, Kassel, 12 große Personen-Autoomnibusse in Auftrag gegeben. Der Bau der wiesbadener der Stadt Wiesbaden benötigten Autobusse ist den Firmen Daimler und Büsing übertragen worden.

Zu gleicher Zeit hat die Stadt Breslau den Linke-Hofmann-Werken in Breslau-Modern einen großen Auftrag auf Straßenbahnwagen erteilt, um größere Entlassungen bei dem Unternehmen zu verhindern. Es handelt sich bei diesem Auftrag um 50 Motorwagen zu je 20 000 M. und 50 Anhängwagen zu je 19 250 M., insgesamt also um einen Auftragswert von fast zwei Millionen Mark. Der Auftrag wird aus den Mitteln eines Zwischkredits finanziert.

Steigender Güterverkehr der Reichsbahn. Der Güterverkehr auf der Reichsbahn, der sich schon in den letzten Wochen ständig erhöht hatte, hat in der letzten Berichtswache vom 26. August bis 1. September einen weiteren kräftigen Aufschlag genommen. Nach den Angaben der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurden (in 1000 Stück) 927,4 Güterwagen gestellt gegen 918,4 in der entsprechenden Woche 1927 und 918,3 in der Vorwoche 1928. Für den Arbeitstag im Durchschnitt berechnet lauten die entsprechenden Ziffern 154,6, 153,1, 153,0. — Die arbeitsmäßige Wagenstellung der Reichsbahn in den letzten fünf Wochen betrug 151 300 gegen 150 600 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch in dieser Verkehrszeit kommt eine starke Widerstandsfähigkeit der Wirtschaftskonjunktur zum Ausdruck.

Kirchenanleihen ohne Ende. Der Unjog der deutschen Kirchenanleihen hat in letzter Zeit wieder ziemlich Umfang angenommen. So sind in ganz kurzen Abständen in Holland drei neue Kirchenemissionen gemeldet worden. Die letzte Anleihe ist von dem Orden der barmherzigen Schwestern vom heiligen Vincenzius und Paulus in Freiburg aufgenommen, obwohl dieser Orden erst im vergangenen Jahre eine 600 000-Gulden-Anleihe gleichfalls in Holland aufgelegt hatte. Da die Kirchenanleihen im Gegensatz zu den dringenden notwendigen Auslandsanleihen für Wohnungsbauten vom Reichsbankpräsidenten Schacht für produktiv angesehen und ohne jede Schwierigkeiten zugelassen werden, so ist es kein Wunder, daß die Körperschaften der katholischen Kirche diese günstige Gelegenheit weidlich ausnützen.

Direkte Eisengewinnung. Die Frage der direkten Eisengewinnung geht sehr ihrer Verwirklichung entgegen. So haben der Rheinisch-Westfälische Stahltrust und die Friedrich Krupp A.-G. eine Eisenschwammgesellschaft gegründet, welche die Herstellung von Eisenschwamm nach dem sogenannten direkten Verfahren sowie die Verwertung dieser Erzeugnisse betreibt. Die beiden Unternehmen, Krupp und der Stahltrust, beschäftigen sich schon seit langem mit der Frage der direkten Eisengewinnung. Auf Grund der bisherigen Prüfungsverfahren beabsichtigt man jetzt, das sogenannte Korff-Stahl-Verfahren im Großbetrieb anzuwenden. Werden die Versuche mit diesem neuen Verfahren sich erfolgreich durchsetzen können, wird damit die Frage der Rohstoffversorgung der Eisen- und Stahlindustrie auf eine ganz neue Grundlage gestellt.

Gegen das Zugabeunwesen. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hat auf den 19. Genossenschaftstag des Reichsverbandes einstimmig eine Entschließung angenommen, in der das Zugabeunwesen als Vorkäufung eines günstigen Warenangebotes und damit als ein lauterkeit in der Bedarfdeckung der breiten Schichten geächtet wird. Unter Hinweis darauf, daß das Zugabeunwesen eine Verdrängung des ehrlichen Handels und eine Schädigung der gesamten Verbraucherenschaft darstellt, werden gesetzgeberische Maßnahmen dagegen gefordert.

Schäftigung in der Metallindustrie bleibt sehr uneinheitlich wie in den Vorwochen. Innerhalb der einzelnen Bezirke stellen sich stärkste Verschiedenheiten ein, so sind z. B. die kleineren Betriebe in Sachsen ganz gut beschäftigt, während die Großindustrie über fortschreitende Verschlechterung klagt. Der Maschinenbau ist nicht einheitlich beschäftigt, teilweise erfolgten kleine Neueinstellungen.

Uneinheitlich, aber anscheinend überwiegend unfreundlicher, ist die Situation im Fahrzeugbau. Ziemlich günstig berichtet die chemische Industrie, dagegen ist die Entwicklung in den meisten Bezirken für das Spinnstoffgewerbe erneut ungünstig geworden. Auch die sächsischen Erzkereien und Wirtereien müssen uneinheitlichen Geschäftsgang feststellen. Demgegenüber hat im Bekleidungs-gewerbe selbst die Besserung eher angehalten, in der Hutindustrie ist die Lage annähernd günstig zu nennen. Unfreundlich berichten nach wie vor Lederindustrie und Holzgewerbe, wiewohl sich stellenweise Besserungen in der Holzindustrie eingestellt haben.

Die Reparationslasten.

Sachlieferungen im 1. Halbjahr 1928.

Im ersten Halbjahr 1928 betrug der Wert der deutschen Sachlieferungen auf Grund des Dawes-Plans rund 284 Millionen Mark. Die Lieferungen verteilten sich auf die einzelnen Produkte wie folgt:

Steinkohlen	108.9
Koks	44.3
Zucker	19.5
Chem. Erzeugn.	17.4
Maschinen	16.6
Schwefels. Ammon.	12.4
Waren aus Eisen	12.0
Papier u. Papierw.	10.0
Steinkohlenteer	9.6
Elektrot. Erz.	7.9
Bau- u. Nutzholz	6.5
Düngemittel	6.0
Möbel	5.0
Holzschliff	4.5
Preßkohlen	3.6

Die wichtigsten Sachlieferungen Deutschlands im I. Halbjahr 1928

In Z Millionen Mark

Allein die Steinkohlen- und Kokslieferungen machten mit rund 153 Millionen fast 55 Proz. der gesamten Lieferungen aus. Der größte Teil dieser Kohstenerlieferungen wird von Frankreich und Italien aufgenommen, die schon von der Vorkriegszeit her zu Englands besten Kohstenerlieferanten gehörten. Es ist daher in diesem Zusammenhang interessant, welchen Hemmnungen die Durchführung des Dawes-Plans auch auf der Seite der empfangenden Gläubigerstaaten unterworfen ist, denn mehr als einmal wurde von dem englischen Kohstenerbergbau darauf hingewiesen, daß die deutschen Reparationskohstenerlieferungen wesentlich zu der Krise des britischen Bergbaues beigetragen hätten.

Das Mibi.

Eine Kriminalnovelle von Otto Wilhelm Basse.

Der mit der Voruntersuchung beauftragte Richter Mr. Elliot sah Thordynte mit bekümmertem Gesicht an:

„Sie können sich kaum vorstellen, Sir,“ sagte er mit schleppender Stimme, kromphast bemüht, seine inneren Erschütterungen nicht allzu deutlich sichtbar werden zu lassen, „wie überaus schwer es für mich ist, Ihnen auf diese Art gegenüberstehen zu müssen. Immerhin: mir ist der Auftrag zuteil geworden, die Untersuchung zu leiten, und ich habe leider keine Möglichkeit, mich dieser Pflicht zu entziehen. Ich hoffe zu einem Resultat zu kommen, das die schwere, gegen Sie erhobene Anklage zusammenfallen läßt, wenn nicht, so bin ich — trotz der freundschaftlichen Beziehungen, die Jahre hindurch zwischen uns bestanden haben, der Letzte, der dem Wirken der irdischen Gerechtigkeit sich entgegenstellen wird.“

Er machte eine Pause, und es schien, als warte er auf eine Antwort. Aber Thordynte hielt den Kopf gesenkt und bewegte nicht die Lippen. Er zitterte heftig und seine knabenhaft reine, glatte Stirn bedeckte sich mit kleinen Schweißperlen, hörbar entwich der Atem seinen Lungen.

„Sie brauchen keine Angst zu haben,“ fuhr Elliot nun mit erhobener Stimme fort: „Wenn Sie unschuldig sind, so wird es Ihnen ein leichtes sein, dies zu beweisen. Und dann — ja, dann brauchen Sie natürlich keine Angst zu haben. Schließlich kann jedem das Mißgeschick zuteil werden, unter einem falschen Verdacht verhaftet zu werden. Irrtümer kommen vor — auch die Träger der behördlichen Gewalt sind schließlich nur Menschen. Eine solche unbegründete Verhaftung ist zwar immer peinlich und aufregend, aber doch nicht entehrend.“

Wieder stierte der Richter — ein ermutigendes Lächeln läßt die strengen Züge seines Gesichts. Thordynte hob zaghaft den Kopf. — Sonnenlicht strahlte über seine blonden, weichen Haare, er sah aus wie ein großer, eingeschüchterter Junge.

„So gut und weich,“ dachte der Richter. „Man sollte es kaum für möglich halten, daß er bereits die Dreißig lange hinter sich hat. Ich würde mich gar nicht sehr wundern, wenn er im nächsten Augenblick zu meinen beginnt. Und so soll ein Mörder aussehen?“

Aber Mr. Elliot hatte gelernt, dem Äußeren eines Menschen zu mißtrauen. Er hatte so oft gefunden, daß alle menschliche Verantwortung sich unter der engelhaften Maske eines unschuldigen Gesichts verbergen konnte, daß er sich nicht allzulebte durch den verführerischen Eindruck eines Angeklagten beeinflussen ließ. Hatte nicht der berüchtigte Jäne das sympathischste Gesicht der Welt gehabt und allein seinem netten, verbündlichen Wesen die Möglichkeit verdankt, jahrelang ein ungläublich wildes und läches Doppelseben zu führen? Und hatte nicht Joanne Kromsmith, die Gattinmörderin, ganz so ausgesehen, wie Künstler, wie Maler ihre Madonnen pflegten — so unschuldig, so süß, mütterlich und rein?

Also schwand das Lächeln wieder von des Richters Lippen, als er sehr ernst fortfuhr:

„Sie wissen, Thordynte, welche Momente zu Ihrer Verhaftung geführt haben. Man ist in Ihren Kreisen davon unterrichtet, daß Dawn Ihnen seit langem feindselig gesonnen war. Der Grund dafür ist noch nicht völlig aufgeklärt, das ist auch minder wichtig. Tatsache ist jedenfalls, daß er Sie bekämpfte, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Besonders an der Börse. Er hat sämtliche, oder fast sämtliche Aktien Ihres Unternehmens aufgekauft, er hatte es, wie mir von Leuten vom Bay berichtet worden ist, in der Hand. Ihre Existenz von heute auf morgen durch ein halbwegs geschicktes Manövrieren für immer zu vernichten. Alle wußten es — und Sie wußten es natürlich auch. Er hat durch die Presse verbreiten lassen — am Mittwoch voriger Woche —, daß Sie Ihr Vermögen am Freitag würden verlieren müssen. Am Donnerstag mittig haben Sie ihm durch einen Boten einen Brief geschickt, in dem Sie ihn um eine Unterredung für 4 Uhr baten. Der Brief ist aufgefunden worden — er liegt in den Akten. Es ist ein sehr aufgeregter Brief, ein Brief, den die Angst diktiert hat. Die Unterredung hat stattgefunden, — auch diese Besprechung war sehr laut und aufgeregter, die Leute in dem Nebenzimmer haben Bruchstücke gehört. Ueber den Ausgang der Unterredung ist zwar nichts bekannt geworden, aber am selben Abend fand man Dawn in seiner Wohnung in der Zehnten Straße tot auf — erschossen. Was — was haben Sie dazu zu sagen, Thordynte?“

Der Angeklagte sah dem Richter zum ersten Male gerade in die Augen. Sein Gesicht war aschgrau, nervös bewegte er die Hände.

„Ist es nicht...“ fragte er langsam, mühselig nach Fassung ringend, „Ist es nicht möglich, daß Dawn sich selbst erschossen hat?“

Der Richter, zweifelnd und ungewiß im Innern, ob er einen raffinierten Verbrecher oder einen Unschuldigen vor sich habe, suchte lange nach einer passenden Antwort:

„Kennen Sie,“ entgegnete er schließlich freundlich, „einen einzigen Grund angeden, der Dawn zum Selbstmord Veranlassung geben konnte?“

„Nein,“ sagte Thordynte kurz und zuckte die Achseln.

„Nun also — Sie werden begreifen, daß nach allen Vorangegangenen Grund genug bestand, Sie zu verdächtigen. Aber da ich einstellend — geneigt bin... ja, durchaus bereit bin, an Ihre völlige Unschuld zu glauben, so brauchen Sie mir lediglich zu sagen, wo Sie den fraglichen Abend verbracht haben, und Sie werden noch heute auf freien Fuß gesetzt.“

Thordynte wurde blutrot; er sah den Friedensrichter stehend an:

„Ich — nein. Mr. Elliot, ich kann es nicht sagen.“

„Unsinn, Mann — bedenken Sie, was auf dem Spiele steht. Sie brauchen keine Rücksicht zu nehmen, wenn Sie entlastende Angaben machen, die sich bei einer Nachprüfung bestätigen, so kommt nichts davon an die Öffentlichkeit. Ich gebe Ihnen mein Wort darauf — und ich verspreche zugleich, daß ich der Presse die notwendigen Mitteilungen in einer Art machen werde, daß Sie rein und makellos dastehen.“

„Ich kann es trotzdem nicht — sagen.“

Der Richter wurde so ungecort, daß er vom Stuhl sprang.

„Mensch,“ schrie er, „wissen Sie, was Sie tun? Alles, aber auch alles nicht gegen Sie — es geht um Ihr Leben — wenn Sie mir nicht reinen Wein einflößen.“

Der Unterliefer Thordyntes sank herab, alles Blut wich aus seinen Wangen, fassungloses Entsetzen spiegelte sich in seinen Augen.

„Sieht es so?“ stöhnte er. „Sieht es wirklich um mein — Leben?“

„Ich sagte es bereits,“ erwiderte der Richter kurz. Thordynte meinte. — Alle Hemmungen fielen plötzlich von ihm ab. Seine Schultern zuckten wie im Krampf.

Ein Planetarium vor 250 Jahren.

Gestirnbewegung mit Handbetrieb.

Die ursprüngliche Absicht des geistigen Urhebers unserer Planetarien, des greisen Oskar v. Müller, war, ein drehbares Kuppelgewölbe zu schaffen, an dessen Rundung die Gestirne in Form von befestigten Glühbirnen erscheinen und durch Drehung der Kuppel ihren Kreislauf ausführen sollten. Dieser Gedanke erwies sich zwar, wenn die geforderte Genauigkeit bei der Wiedergabe der Gestirnsbewegung erzielt werden sollte, als nicht ausführbar, so daß die Zeiß-Werke in Jena die Aufgabe durch Konstruktion der Projektionsplanetarien lösen mußten. Versuche früherer Jahrhunderte, die Schönheit des gestirnten Himmels und die Großartigkeit der Bewegung des Universums anschaulich zu machen, sind jedoch vom gleichen Gedanken ausgegangen wie der Schöpfer des Deutschen Museums.

Wir besitzen Nachrichten aus dem Altertum über Himmelsgloben des Hipparch, und auch von Archimedes wissen wir, daß er eine durch hydraulischen Mechanismus in Drehung zu setzende Himmelskugel geschaffen hat. Im Mittelalter gab es überall dort, wo die Astronomie der Araber gelehrt wurde, für den Unterricht größere oder kleinere Himmelsgloben. Ein persischer Schah im 12. Jahrhundert soll einen Himmelsgloben in Form einer gläsernen Kugel befehlen haben, in deren Innern ein bis zwei Personen Platz finden konnten, und die dann in Drehung versetzt wurde. Im 17. Jahrhundert begegnet man Versuchen, die Himmelskugel darzustellen, besonders in Deutschland, wo Gottfried Bartsch, ein Verwandter Johann Keplers, um 1670, und ein Augsburger Mechaniker, namens Treßler, etwa 1683, Himmelsgloben bauten, über deren Schicksal nichts überliefert ist. Sehr berühmt war der Venetianer Coronelli, der 1683 vom Kardinal D'Este den Auftrag erhielt, für den König Louis XIV. zwei Riesengloben zu bauen, eine Erd- und eine Himmelskugel. Diese wurden 1704 im Lustschloß Marly aufgestellt; ihr Mechanismus soll so vorzüglich gewesen sein, daß ein Fingerdruck hinreichte, sie in Umdrehung zu setzen. Alle diese Himmelsgloben aber waren nur auf ihre Außenfläche zu betrachten. Sie konnten daher auch nicht die Illusion des Auf- und Niedergangs der Gestirne schaffen. Es war jedoch schon vorher einem deutschen Gelehrten eingefallen, eine Kugel zu bauen, die den Sternenhimmel an ihrer Innenwölbung darstellte, und die als Vorläufer unserer modernen Planetarien gelten darf. Am Hofe des Herzogs Friedrich III. von Holstein-Gottorp lebte seit 1633 als Bibliothekar und Antiquar Adam Olearius. Dieser war um 1600 zu Ujcherleben geboren. Er studierte zu Leipzig, war dort Assessor der philosophischen Fakultät und trat 1633 in die Dienste des Herzogs von Holstein. Olearius wurde als Sekretär der ersten vom Herzog zur Anknüpfung von direkten Handelsbeziehungen mit Persien an den Zaren Michael Feodorowitsch und den Schah geschickten Gesandtschaft zugewiesen. 1635 zurückgekehrt, schloß er sich der zweiten Hauptexpedition an, an der auch Paul Fleming teilnahm. Obwohl er nicht Führer dieser Gesandtschaft war, sind deren letzten Endes doch befriedigender Ausgang und ihre Bedeutung für die Erweiterung der geographischen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse jener Zeit ihm zu verdanken. Olearius blieb auch nach der Rückkehr 1639 in den Diensten des Herzogs. 1647 veröffentlichte er seine „Ost beehrte Beschreibung der Rewen Orientalischen Reise, so durch Gelegenheit einer holsteinischen Legation an den König in Persien geschehen“, eine in wissenschaftlicher wie schriftstellerischer Hinsicht für jene Zeit muster-gültige Leistung. Olearius, der seit 1651 auch Mitglied der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ unter dem Namen „Der Vielbemühte“ war, führte bis zu seinem Tode 1672 in Gottorp das Leben eines vielseitigen

angeesehenen Gelehrten, das ihm die Beinamen „Holsteinischer Plinius“ und „Gottorpscher Ulysses“ brachte.

Es ist wahrscheinlich, daß die Erzählung von dem oben erwähnten gläsernen Himmelsgloben, deren er auch in seiner Reisebeschreibung gedenkt, Olearius die Anregung gegeben hat, dem Herzog Friedrich den Bau der beiden großen Globen aus Kupfer vorzuschlagen. Von diesen beiden „Automata-Astronomica-Cosmographia“ war einer, der Erd- und Himmelskugel zugleich darstellte, um die elf Fuß lange Achse drehbar; der andere bedeutend kleinere gewährte ein Bild des kopernikanischen Planetensystems. Als Gehilfen standen ihm bei diesem unter seiner Leitung von 1656 bis 1664 währenden Bau der Mechaniker Andreas Busch aus Lüneburg, sowie, für die Inschriften, die Gebrüder Kögigier aus Husum zur Seite. Dieser „Gottorpsche Globus“, der 1744 durch Peter den Großen nach St. Petersburg gebracht wurde, wo sich 1904 in Jaroslaje Selo noch Fragmente davon befanden, sollte gleichmäßig den Zwecken der Erd- und Himmelskunde dienen und trug deshalb auf seiner Außenseite die Umrisse der Länder und Meere, auf seiner Innenwölbung die Sterne und die Sternbilder. Die Gestirne wurden durch kleine Löcher dargestellt, die in den Mantel von Kupferblech gehöhrt waren. Der große Globus hatte bei seinem 11 Fuß Durchmesser ein Gewicht von etwa 65 Zentner. Ein verschließbares Türchen gestattete, in das Innere einzutreten. Bis zu einem Dutzend Personen konnten dann auf einer kleinen, an der eisernen Drehungsachse befestigten Plattform Platz nehmen, worauf der Mechanismus in Gang gesetzt wurde, und die Rotation der Himmelskugel begann. Eine Galerie vertikal den Horizont, so daß man Auf- und Untergang der einzelnen Gestirne deutlich zu verfolgen vermochte. Eine zweite Art der Bewegung war bei solchem Rotations nicht wohl denkbar, und so blieb der Globus ein für allemal auf die Polhöhe von 54½ Grad eingestellt; der Einfluß der Jahreszeiten auf die Bewegung des Fixsternhimmels gelangte demnach nicht zur Darstellung. Ueber den Antrieb dieses riesigen Globus schreibt Olearius selbst im 28. Kap. des V. Buchs seiner Reisebeschreibung (3. Ausg. 1663): „Desselbigen Globi Bewegung geschieht nach der Bewegung des Himmels durch künstliche große Räder, welche von einer vom Berge laufende Wasserquelle nach gewissem Maße getrieben werden.“ Ueber das Schicksal des kleineren Globus, der das Bild des kopernikanischen Planetensystems gab, sowie über dessen Einrichtung ist nichts Näheres überliefert.

Ein Himmelsglobus, den König Christian V. von Dänemark 1696 bei Erhard Weigel, dem berühmten Jenaer Astronomen bestellte, war ebenfalls aus Kupfer und hatte einen Durchmesser von zehn Fuß. Er war auch ähnlich wie der schleswigsche für die Aufnahme von zehn Personen eingerichtet, innen waren neben den Fixsternen auch die Planeten angebracht. Die im Zentrum befindliche kleine Erdkugel stand still oder bewegte sich, je nachdem das ptolemäische-tychonische oder das kopernikanische System voranschaulicht werden sollte.

Nachfolger fanden weder Weigel noch Olearius. Im 18. Jahrhundert begegnet man keinen neuen Versuchen, mit den Mitteln der verbesserten Mechanik und der durch die Newtonsche Gravitationslehre vertieften Kenntnis der Gestirnsbewegung Himmelsgloben herzustellen. Das Interesse beginnt sich vorwiegend der mathematischen Theorie astronomischer Größen zuzuwenden, während die Mechaniker ihre Erfolge durch Herstellung spielerischer Automaten suchen. Bieleicht wäre sonst dieser Zeit die Schaffung eines Planetariums im Sinne der ursprünglichen Idee Oskar v. Müllers bereits gelungen. So aber blieb die Lösung dieser Aufgabe der modernen wissenschaftlichen Technik vorbehalten. Friedrich Ratteroth.

„Dann...“ schluchzte er — „ich habe eine so große Angst vor dem Sterben, vor dem Sterben auf diese Art — dann... Gott verzeihe es mir, wenn es Unrecht ist, aber ich kann nicht anders. Ich muß es sagen. In dem fraglichen Abend... an diesem Abend... war ich bei... Mrs. Elliot!“

Zuckte der Richter wirklich zusammen? Griff er mit jähher Bewegung nach seinem Herzen, das plötzlich zu schlagen aufhörte? Nein — es war wohl nur eine Täuschung. In keinem Hirn summt es, mit dem quälenden Rhythmus einer fahrenden Eisenbahn: Am Donnerstagabend war ich in Philadelphia — in Philadelphia — in Philadelphia...“

Aber sein Gesicht war ebern und hart, als er sich dem Gerichtsschreiber zuwandte:

„Schreiben Sie!“ befahl er kurz: „Der Angeklagte, befragt, wo er den fraglichen Abend verbracht habe, vermochte keine entlastenden Angaben zu machen. Seine Behauptung, an diesem Tage bei Mrs. Elliot geweilt zu haben, muß als Lüge und freie Erfindung zurückgewiesen werden, da der mit der Untersuchung betraute Richter eidlich erheben kann, an diesem Tage sein Haus nicht verlassen und den ganzen Abend bei seiner Gattin zugebracht zu haben.“

Und, ohne sich durch die entsetzt aufgerissenen Augen Thordyntes irgendwie rühren zu lassen, winkte er dem Wachmeister:

„Führen Sie den Mann in seine Zelle! Weiterer Vernehmungen bedarf es nicht mehr!“

Strümpfe und Taschentücher.

Das kleine vieredige Tuch aus Baumwolle, Leinen, Battist oder Seide, das uns stets in der Tasche begleitet, ist uns zu einer so selbstverständlichen Notwendigkeit geworden, daß wir gar nicht mehr an die Möglichkeit seiner Nichtexistenz denken. Und doch gibt es heute noch unzählige Menschen in unentwickelten Erdteilen, die keine Ahnung von diesem uns unentbehrlichen Gebrauchsgegenstand haben, und auch unsere eilenden Vorfahren konnten das uns heutigen fast lebensnotwendige Tüchlein bis zum 16. Jahrhundert beinahe gar nicht.

Erst 1520 machte die Stadt Reusen Albrecht Dürer bei seiner Reise durch die Niederlande ein Taschentuch zum Geschenk, das aber damals noch nicht seinem heutigen Zweck diente, sondern als Geschenk sorgsam bewahrt wurde, wie etwa eine goldene Dose oder ein Herbeigen.

Im 16. Jahrhundert inkeltierte die Frau der vornehmsten Kreise mit dem kostbaren Epitaphienkleid, und wir haben aus dieser Zeit Gemälde, die Damen der Gesellschaft mit solchen reicherperlierten Tüchlein zeigen. Erst im Laufe der Jahre kam man auf den Einfall, die Augustäulein praktisch zu verwenden. Der neue Brauch fand allmählich Nachahmung und veranlaßte die Massenherstellung

des Taschentuches und seine zweckdienliche Vereinfachung. Mit der Zeit führte sich die neue Sitte auch in Bürgerkreisen ein, und in den letzten beiden Jahrhunderten auch mehr und mehr in Volkstreffen. Heute bedient sich der einfache Mann, das kleinste Kind dieses unentbehrlich gewordenen Tuches, dessen Fehlen große Vertiefung hervorgerufen kann.

Auch der Strumpf ist eine Erfindung des letzten Jahrhunderts. Bis zum 16. Jahrhundert trugen die Herren der Schöpfung lange Hosen, die die Beine bis zum Fuß verhielten. Endlich hielt man dieses Kleidungsstück für höchst unüblich und teilte es in ein Ober- und Unterle, jedes für sich allein an- und ausziehbar. So entstand der Strumpf, der aber genau wie das Taschentuch zuerst von wenigen getragen wurde, in erster Linie — seiner Entstehung gemäß — vom Mann.

Die Frau wurde auf eigenartige Weise der Ehre des Strumpftragens teilhaftig. Man erzählt, daß die Kavaliere am Hofe Königs Karls IX. von Frankreich ihre seidenen Strümpfe erst eine Woche lang von der Dame ihres Herzens tragen ließen, bevor sie sie selbst in Gebrauch nahmen. Diese galante Sitte verhalf auch der Frau allgemach zur eleganten Bekleidung ihres Beines. Natürlich verlor sich das Kleid der Frau in demselben Maße, in dem die Strümpfe an Beliebtheit zunahm.

Der hauchdünne Seidenstrumpf der Gegenwart war vor der Erfindung der Webmaschine noch unbekannt. Auch unsere Mütter und Großmütter mußten sich mit dem handgestrickten Strumpf aus weißer Wolle oder Baumwolle begnügen, dem allerlei Muster eingearbeitet waren — vor allem das jetzt ganz in Vergessenheit geratene „Sopfmuster“.

Als die Anlehole des Mannes verschwand, machte das lange Beinkleid den hohen Strumpf wieder überflüssig, und viele Herren tragen heute die kurze „Sode“, die nur das sichtbare Stück des Beines über dem Schuh und den Fuß selbst umhüllt. Wenn sich jetzt die Mode der Anlehole erneut durchsetzt, werden wir auch eine abermalige Blütezeit der Herrenstrümpfe erleben, und der Mann wird seine mehr oder weniger wohlgeformten Beine der Kritik genau so aussetzen müssen wie die Frau. E. G. Augustin.

Widerstand gegen die Kartoffel in Albanien. In vielen europäischen Ländern wird die Kartoffel nicht in einem großen Umfang angebaut wie in Deutschland; es gibt aber auch ein europäisches Land, in dem der Anbau von Kartoffeln noch ganz unbekannt ist. Dieses Land ist Albanien. Schon seit Jahrzehnten ist öfter der Versuch gemacht worden, die Kartoffel nach Albanien einzuführen; aber alle diese Versuche sind an dem Widerstand der Albaner gescheitert, die die Kartoffel weder anbauen, noch essen wollen. Es wiederholt sich hier nur ein Vorgang, der in früheren Jahrhunderten auch in Deutschland häufig zu beobachten war, denn auch in vielen deutschen Gegenden, ebenso in Frankreich, konnte der Anbau von Kartoffeln nur durch strenge Befehle oder sogar durch Einschreiten des Militärs erzwungen werden.

Die Aussperrung in München-Gladbach.

Vorbereitungen der Unternehmer.

München-Gladbach, 12. September.

Die von dem Arbeitgeberverband in der Textilindustrie in München-Gladbach, Rhende und Umgegend am Sonntag beschlossene Kündigung der Belegschaften, von der etwa 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, ist in einer Reihe von Betrieben durchgeführt.

Es werden in allen Betrieben einheitliche Abmachungen abgeschlossen, nach denen die tarifliche Kündigung am 15. September erfolgen muß. In den Betrieben, die Kurzarbeit eingeführt haben, erfolgt der Anschlag am nächsten Arbeitstage dieser Woche. Die Bekanntmachung lautet:

„Die unterzeichnete Betriebsleitung kündigt hiermit die Arbeiterverträge zum 29. September 1928, die auf Grund der Tarifverträge mit den Textilarbeitergewerkschaften von München-Gladbach und dem Zentralverband der Maschinisten abgeschlossen sind. Wenn die von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen durchweg durchgeführt werden sollten, bleibt der Arbeitgeber nichts anderes übrig, als die Schließung der Betriebe, weil die Forderungen der Arbeiterschaft unüberwindlich sind. Die Betriebe können am 1. Oktober nur fortgeführt werden, wenn die von den Arbeitgebern gemachten Vorschläge angenommen werden.“

Die letzten „Vorschläge“ der Unternehmer gehen dahin, die bisherigen Tarife unverändert bis Ende 1929 zu verlängern. Die Gewerkschaften haben demgegenüber eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 Proz. verlangt und daneben noch eine Reihe von Sonderforderungen erhoben.

Wenn die München-Gladbacher Textilbarone sich etwa einbilden, die Arbeiterschaft würde sich durch die Aussperrungsandrohung dazu bewegen lassen, dem prosozierend unverschämten Diktat sich zu unterwerfen, dann haben sich diese Schwerverdiener stark getäuscht.

Verständigung im bayerischen Metallkonflikt.

Im Reichsarbeitsministerium wurde am 11. und 12. September über die Beilegung der Lohn- und Tarifstreitfrage in der bayerischen Metallindustrie verhandelt. Die Verhandlungen führten zu einer Verständigung über die strittigen Fragen. Die Unternehmer machten Zugeständnisse sowohl in der Lohn-, als auch in der Manteltariffrage weit über die Schiedssprüche des bayerischen Landesschiedsrichters vom 16. August hinaus. Es ist anzunehmen, daß damit der Konflikt in der bayerischen Großstadtmittelindustrie beigelegt ist. Zu dem Verhandlungsergebnis nehmen die bayerischen Metallarbeiter am Freitag und Sonnabend Stellung.

Tarifwidrigkeiten in den BMM-Betrieben.

Stellungnahme der Industriearbeiter im Verkehrsband.

Am Sonntag nahmen im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Betriebsdelegierten und Vertrauensleute der Sektion V des Verkehrsbandes (Industriearbeiter) zu den Beschlüssen des Bundestages in Leipzig Stellung. Nach einem eingehenden Bericht des Sektionsleiters, Genossen Frank, über die umfangreichen und für die weitere Tätigkeit der Organisation wegweisenden Arbeiten des Bundestages und einer kurzen Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Bundestages und das Vertrauen zu ihren Bundestagsdelegierten bekundete.

Die Versammlung beschäftigte sich dann eingehend mit der Durchführung des neuen Lohns in den BMM-Betrieben. Es wurde darüber klargestellt, daß verhältnismäßig viele Firmen die tariflich vereinbarten Lohnsätze nicht voll anerkennen wollen. Entgegen den Abmachungen mit dem BMM, wonach die früher gezahlten Leistungszulagen der Lohnklasse IV und V nicht in die Lohnzulage eingerechnet werden sollen, sind diese Leistungszulagen von verschiedenen Firmen dennoch eingerechnet worden. Gegen dieses Vorgehen ist in allen Fällen Einspruch erhoben und diese Beschwerden dem BMM zur weiteren Erledigung überwiesen worden. Die Versammlung sprach die bestimmte Erwartung aus, daß der BMM zu seinen Worten stehen und die Firmen anweisen wird, die Lohnberechnung genau so vorzunehmen, wie es in den meisten Betrieben gesehen ist.

Die Versammlung wurde aufgefordert, etwa noch nicht bewerkstelligte Lohnbeschwerden der Sektionsleitung zu unterstützen. Beschlüsse wurde ferner, Mitte Oktober in allen BMM-Betrieben eine statistische Erhebung über die Löhne durchzuführen. Dieses Material soll bei späteren Lohnverhandlungen als Unterlage dienen. Klagen wurden auch darüber laut, daß die Unternehmer tarifwidrige Höchstlohnstufungen einführen und bei Beschwerden der Arbeiter erklären, vom BMM dazu angewiesen zu sein.

Die Sektionsleitung wurde beauftragt, im Metalltarif diese Tarifverletzung zur Sprache zu bringen, damit im Verhandlungswege diese tarifwidrige Verdienstbegrenzung beseitigt wird. Eine dementsprechende Entschließung, in der für den Fall der Nichtabstellung dieses Mißstandes scharfe Abwehrmaßnahmen angekündigt werden, wurde einstimmig angenommen.

Ein neuer Süß-, Bad- und Leigwaren-Tarif.

Eine Branchenversammlung der Gruppe Süß-, Bad- und Leigwaren des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter nahm den Bericht von Karl Hetschold über die Tarifverhandlungen entgegen, die während fünf Tagen im Juli in Heidelberg, an vier Tagen im September in Hannover geführt wurden und schließlich von den Lohnverhandlungen in Dresden und denen der Reichsleigwarenkonferenz in Hamburg. Die Verhandlungen waren diesmal mit außerordentlichen, fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden, weil in Arbeitsbereichen durch radikale Strömungen große Uneinigkeit herrscht. Die Forderungen der Arbeitnehmer, wie sie im Februar auf der Reichsleigwarenkonferenz aufgestellt waren, wurden jedoch in der Verhandlung in Hannover in dem neuen Tarif einigermaßen berücksichtigt. Es gelang, die antelmäßigen Ferien zu veranlassen, die Feiertagsbezahlung zu halten und ganz besonders die Akkordfrage in Verbindung mit den Rechten des Arbeiterrats präziser und bezüglich der Bezahlung mit größerem Fortschritt bedeutend zu klären, als die besondere Forderung unter 16 Jahre alten Arbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen fortfällt.

Der neue Reichsmanteltarif wurde von der Reichsleigwarenkonferenz angenommen. Die 3 Proz. Lohnzulage, die der Schlichter, Professor Lutz-Nichter, Leipzig, mit Erklärungssfrist bis 14. September den Parteien vorschlug, wurden von der Süßwarenkonferenz in Hamburg und von der Branchenversammlung einstimmig abgelehnt.

Die Diskussionsredner übten an der von Professor Lutz-Nichter vorgelegten dreiprozentigen Lohnerhöhung eine sehr geharnischte

Kritik. Dieser Schlichter, der schon seit mehreren Jahren für die Süßwarenindustrie fungiert, scheint sich in dieser Zeit recht wenig Sachkenntnis angeeignet zu haben. Während die Handelsberichte der Presse das Sinken der Kakao- und Zuckerpreise sowie eine ständige Steigerung der Einfuhr von Rohkakao feststellen und damit einen größeren Umsatz in Verbindung mit dieser Verbilligung, läßt der Schlichter sich von den Klagen der „notleidenden“ Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten beeinflussen. Die wirkliche Not der Arbeitnehmer aber scheint für ihn nicht zu existieren. Die Versammlung sprach daher dem Herrn Professor Lutz-Nichter die Eignung als Schlichter ab und bezeichnete sein Verhalten in der Zeit der steigenden Preise als einen Skandal. Die Versammlung gelobt, einen neuen Lohn mit allen der Organisation zu Gebote stehenden Mitteln zu erringen und fordert die noch fernstehende Kollegen auf, sich vollständig im Deutschen Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband zu organisieren. D. W.

3. Afl-Gewerkschaftskongreß.

Vom 1. bis 4. Oktober tritt in Hamburg der 3. Kongreß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht „Die Bedeutung der Angestellten innerhalb der Wirtschaft und der Arbeiterklasse“. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes durch die Bundesvorsitzenden E. Aufhäuser und W. Stähr wird Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genf, „Die Stellung des Angestellten in der organisierten Industrie der Nachkriegszeit“ behandeln. Ueber „Die Umschichtung des Proletariats“ referiert der bekannte Nationalökonom Prof. Dr. Emil Lederer, Heidelberg. Ueber „Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft“ spricht der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Afl-Bundes, Dr. Otto Suhr. Den Ausführungen der beiden letztgenannten Referenten folgen umfangreiche statistische Erhebungen zugrunde. Im weiteren Verlauf der Tagung wird der Kongreß nach Entgegennahme zweier Referate zum „Angestelltenrecht der Seeleute“, die Dr. Fritz Pirrmann und der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Schiffsingenieure, Richard Freese, erlassen, fordern, daß das Angestelltenrecht dieser Berufsgruppe endlich der neuzeitigen Gesetzgebung angepaßt wird. Zu den Themen „Wohnungsfragen“ und „Gewerkschaftswesen“ werden zwei Sachleute das Wort ergreifen, und zwar Architekt R. Vincke, Leiter der Dewog, und der Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten hat Vange.

Freigewerkschaftliche Schwesternschaft.

Die Reichsaktion Gesundheitswesen im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die bereits seit Jahrzehnten den Kampf für die obligatorische Ausbildung des Krankenpflegepersonals, für die Vermehrung der Krankenpflegeschulen, gegen die überlange Arbeitszeit, die niedrige Bezahlung und die persönliche Freiheitsberaubung des Krankenpflegepersonals durch den Kopf- und Logiszwang und gegen die Ausbeutung der Schwestern in den sogenannten Schwesterheimen führt, hat auf der letzten Tagung ihrer Reichsaktion die Gründung einer eigenen „Schwesternschaft der Reichsaktion Gesundheitswesen“ beschlossen.

Mit der Schaffung dieser freigewerkschaftlichen Schwesternschaft soll den Bestrebungen jener reaktionären Kreise entgegengetreten werden, die trotz der bestehenden einheitlichen Vorschriften für die staatliche Ausbildung des Krankenpflegepersonals Unierschiede zwischen den staatlich anerkannten Krankenpflegerinnen machen. Die Erwerbung der staatlichen Anerkennung als Krankenpflegerin in Preußen wird z. B. im In- und Ausland als einwandfreier Nachweis einer in jeder Beziehung ausreichenden Ausbildung im Krankenpflegeberuf anerkannt; nicht so in den preussischen Universitätskliniken und im Charité-Krankenhaus Berlin. Hier wird je nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schwesternschaft ein Teil der staatlich anerkannten Krankenpflegerinnen als „Schwestern“ bei der Befehung von Stellen in bezug auf Gewährung von Gehalt, Wohnung, Verpflegung und Kleidung bevorzugt, während ein anderer Teil als „Pflegerin“ stark benachteiligt wird und ihm sogar ein Anrecht auf die Berufsbezeichnung „Schwester“ freilich gemacht wird. Der Reichsaktion Gesundheitswesen kommt es nicht darauf an, für die ihr angehörenden Krankenpflegerinnen einen Titel zu schaffen, sondern die Berufsbezeichnung „Schwester“ ist den Kranken so geläufig und hat sich überall so eingebürgert, daß die abschließliche Verweigerung dieser Berufsbezeichnung unbedingt als eine Minderwertigkeitserklärung der davon betroffenen Krankenpflegerinnen angesehen werden muß.

Eine besondere Aufgabe der neuen Schwesternschaft soll es sein, alle freigestellten Krankenpflegerinnen, die frei von Sanktionen und Ueberhebung, frei in ihrer Weltanschauung und ihrer religiösen und politischen Betätigung ihre Berufsarbeit als freie Krankenpflegerinnen ausüben wollen, zusammenzufassen und ihnen durch die Schwesternschaft einen engeren Zusammenhalt im Rahmen des Gesamtverbandes zu geben. Daneben soll die Berufsausbildung und Fortbildung gefördert und erweitert werden und der in der letzten Zeit sehr stark frequentierte gemeinnützige Zentralstellen nachweis der Reichsaktion Gesundheitswesen soll den Schwestern bei der Erlangung geeigneter Stellen behilflich sein.

Da in die „Schwesternschaft der Reichsaktion Gesundheitswesen“ nur Schwestern aufgenommen werden, die die staatliche Anerkennung als Kranken-, Säuglings- oder Wohlfahrtspflegerin, als Hebamme oder technische Assistentin in einem deutschen Freistaat erworben haben und in der Krankenpflege oder einem anderen Zweige des Gesundheitswesens tätig sind, so ist auf der anderen Seite jedem Krankenhaus die Gemähe geboten, durch Benutzung des Zentralstellennachweises der Reichsaktion Gesundheitswesen nur tatsächlich brauchbare und beruflich ausreichend vorgebildete Pflegerkräfte zu erhalten.

Die Bestrebungen dieser freien Schwesternschaft zu unterstützen, wird Aufgabe aller uns nahestehenden Kreise sein. Marie Friedrich-Schulz.

Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge.

Rundgebung des Personals.

Der Reichsaktionsschulch für das Personal der Wohlfahrtspflege im Zentralverband der Angestellten hat sich jüngst in einer Sitzung mit den grundsätzlichen und besonderen Fragen der öffentlichen Wohlfahrtspflege und des darin tätigen Personals eingehend befaßt. Die Wohlfahrtspflege hat sich gegen früher erheblich erweitert. Neue Gebiete sind in die Wohlfahrtspflege-Gesetzgebung aufgenommen worden: Jugendfürsorge, Gefangenfürsorge, Krippelfürsorge, Gefährdetenfürsorge, eine intensivere Kinderfürsorge usw.

Der Reichsaktionsschulch für das Personal in der öffentlichen Wohlfahrtspflege im Zentralverband der Angestellten setzt sich für eine neuzeitliche und fortschrittliche Ausgestaltung und Bereinigung aller Bestimmungen über die Wohlfahrtspflege ein. Er vertritt dabei den Grundsatz, daß die Wohlfahrtspflege-Gesetzgebung dem Volksganzen und im besonderen den hilfsbedürftigen Volksteilen dienen muß.

Der Zentralverband der Angestellten als Berufsorganisation

des Personals in der öffentlichen Wohlfahrtspflege hat sich auch den Fragen der beruflichen Fortbildung des Personals besonders gewidmet. Er wird seine Organisations-, Fach- und Bildungseinrichtungen weiter zweckentsprechend für die berufliche Fortbildung des Wohlfahrtspflegepersonals ausgestalten.

Der Zentralverband der Angestellten ist die gewerkschaftliche Berufs- und Interessensvertretung des gesamten Personals der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Er wird in allen allgemeinen und grundsätzlichen Verhandlungen und Erörterungen für das Personal der Wohlfahrtspflege wie bisher tätig sein.

Arbeiterentlassungen.

Mannheim, 12. September.

Bei der Firma Benz sollen außer den bereits entlassenen 80 Arbeitern in nächster Zeit weitere 300 Mann die Kündigung erhalten. Die Entlassungen werden mit Auftragsmangel begründet.

Ludwigshafen, 12. September.

In der Abteilung Feingießerei der Firma Duzger haben 70 Mann wegen Arbeitsmangels die Kündigung erhalten. Damit ist die Zahl der Entlassenen innerhalb zweier Monate auf 400 angewachsen. Außerdem wurde die Arbeitszeit in der genannten Abteilung auf 40 Stunden pro Woche herabgesetzt. Als Grund gibt die Verwaltung der Gießereiabteilung Auftragsmangel an.

Konflikt in der Saar-Schwerindustrie.

Saarbrücken, 12. September.

Eine Versammlung der Funktionäre der Metallarbeiterverbände nahm zu der Verschleppung der Lohnverhandlungen in der Schwerindustrie Stellung. In einer Entschließung wurde betont, daß das Steigen der Eisenpreise sowie die Steigerung der Produktion es den Unternehmern erleichtert dürfte, die gestellten Forderungen der Hüttenarbeiter zu erfüllen. Die Vertrauensmänner erwarteten, daß das gegebene Wort der Unternehmer, Ende August oder Anfang September eine Lohn-erhöhung zu gewähren, eingelöst werde. Sollten die Unternehmer wider Erwarten ihr Wort nicht einlösen, so erklärten die Funktionäre einmütig, daß die Schuld der Arbeiterschaft zu Ende sei und daß sie von den Gewerkschaften erhofften, daß diese dann vor dem letzten Mittel nicht zurücktreten, um die Forderungen der Arbeiterschaft durchzudrücken.

Kongreß der Gewerkschaften Spaniens.

Madrid, 12. September.

Der spanische Gewerkschaftskongreß wurde Montag abend in Anwesenheit von 567 Delegierten, die 135 579 Mitglieder vertreten, eröffnet. In den Beratungen nahmen auch verschiedene Delegierte aus dem Auslande teil, so Jouhaux-Frankreich, Bondas-Belgien und Gorni von der Gewerkschaftsinternationale. Der Vorsitzende Besteiro wies in seiner Eröffnungsrede auf die Fortschritte hin, die in der Industrie, der Produktion und dem nationalen Reichtum Spaniens zu verzeichnen seien.

In der Dienstadtsgesitzung tabelten mehrere Delegierte das Exekutivkomitee, daß Vertreter der Gewerkschaften in verschiedenen amtlichen Organisationen ihren Sitz hätten. Im Namen des Exekutivkomitees erwiderte Largo Caballero auf diese Kritiken und hob die Vorteile hervor, die diese Haltung des Exekutivkomitees für die Interessen der Arbeiterschaft habe.

Ueberradikale Kampfmethoden.

Pittsburg, 12. September.

Streitigkeiten zwischen dem rechten und dem radikalen Flügel der organisierten Bergarbeiter, die noch durch die Streiks der letzten Zeit verschärft wurden, führten vor dem Arbeiterzeu zu einer Straßenschlacht, die sich mehrere Stunden lang hinzog. Bei diesem Kampf wurden sechs Teilnehmer verletzt, einer davon schwer. Die Polizei nahm etwa 150 Verhaftungen vor. Die von den radikalen Bergarbeitern anberaumte Versammlung, deren Zweck es war, die Absehung des Gewerkschaftsleiters Lewis vorzunehmen, der von dem radikalen Flügel als Reaktionsär bezeichnet worden war, und die zu der Gründung einer neuen Gewerkschaft dienen sollte, konnte nicht stattfinden.

Die Verhandlungen der Mond-Gruppe.

London, 12. September. (Eigenbericht.)

Die Spitzenverbände der britischen Unternehmerorganisationen erzielten bei einer Urabstimmung ihrer Mitglieder über die Fortsetzung gemeinsamer Verhandlungen mit den Arbeitnehmern eine feste Mehrheit zugunsten dieser Erörterungen. Die Arbeitgeberverbände haben nunmehr der Mond-Gruppe offiziell ihre Teilnahme an den zukünftigen Verhandlungen mitgeteilt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist von 37 073 auf 35 832 zurückgegangen. Der Rückgang um 1240 Personen hat auf dem dänischen Arbeitsmarkt die bisher günstigste Lage dieses Jahres geschaffen.

Belgische Bergarbeiter, 3000 an Zahl, haben auf den Kohlenzweigen von Strepp Bracquagnies bei Mons die Arbeit niedergelegt. Der Streik in der Fabrique National d'Armes de Guerre (Waffenfabrik) dauert an.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 3. September 1 324 700, das sind 4 673 mehr als in der Vormoche und 250 000 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Donnerstag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Lichtenberg: Jugendheim Poststr. 22. Borsdorf: Zeitungen und Zeitchriften der Gewerkschaften. — Prenzlauer Höhe: Gruppenheim Städt. Jugendheim Altstr. 18. Immer 3. Spielabend. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 3. Spielabend. — Schöneberg: Gruppenheim Jugendheim Kiedrichsbergstr. 31. 2. Ustiger Abend. — Südost: Gruppenheim Jugendheim Reichensberg Str. 66 (Feuerwehrturm). Borsdorf: Die Stellung der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. — Tempelhof: Gruppenheim Jugendheim Basum Germaniastr. 4-6. 2. Ustiger Abend. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Spreer. 20. Borsdorf: Verfassungsvertrag. — Köpenick: Gruppenheim Städt. Jugendheim Lehner Str. 18-19. Aus Hermann Löns Werken. — Wedding: Gruppenheim Städt. Jugendheim Oststr. 10. Ausgrabungen über Barbara. — Landsberger Platz: Gruppenheim Jugendheim Große Frankfurter Str. 16. Spiel- und Tanzabend. — Gieselerpark: Gruppenheim Jugendheim Kette Straße, Gieselerpark. — Heilmannstr.: Meinungsanlauf der Bundesarbeiter. — Juppelinsing: Gruppenheim Jugendheim Turiner. 24. 2. Ustiger. Gewerkschaftliche Jugendarbeit. — Gewerkschaftliche Jugendbewegung. — Jugendabteilung des Deutschen Arbeitervereins, Sebastianstr. 37-38. Spiel- und Tanzabend. — Kehlstr. 18. 1. Ustiger. Neuland-Bewegung. Spiel und Tanz im Volkssport Hofenheide. — Treptow: Sportliche Spiele auf der Höhe 8 im Treptower Park.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Thüringengasse). 2. Ustiger Abend. — Der Jugendbeirat Südost-Treptow spielt auf der Höhe 7 im Treptower Park. Der Jugendbeirat Charlottenburg spielt auf dem Sportplatz Oberspree. Die Jugendbeiräte Ostern und Norden spielen auf der Höhe 3 im Friedrichshagen. Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geuer; Bericht: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsberatung: Reich. Arbeiter; Anzeigen: Dr. John Schimowski; Lokales und Anzeigen: Reich. Arbeiter; Anzeigen: Th. Glade; Anstalt in Berlin. Verlag: Hermann Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68. Einbrennen: 2. Stern 1 Beilage, „Unterhaltung und Wissen“ und „Fransensinne“.